



Prüfbericht

Gemeindefusion Bubikon – Dürnten – Rüti

Empfängerinnen:
Gemeinde Rüti
Gemeinderatskanzlei
Breitenhofstr. 30
8630 Rüti ZH

und

Gemeindeverwaltung Dürnten
Präsidialabteilung
Rütistrasse 1
8635 Dürnten

Projektpartner
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW)
School of Management and Law
Institut für Verwaltungs-Management (IVM)
Bahnhofplatz 12
8401 Winterthur

Projektleitung

Dr. Achim Lang
achim.lang@zhaw.ch

Projektmitarbeitende

Dr. Claire Kaiser
Jana Machljankin

Oktober 2021

Management Summary

Die Gemeindeexekutiven von Rüti und Dürnten beabsichtigten, eine ergebnisoffene Prüfung einer möglichen Gemeindefusion durch ein externes Institut durchführen zu lassen. Obschon die Gemeindeversammlung der politischen Gemeinde Bubikon die Einzelinitiative "Zusammenschluss Bubikon - Dürnten - Rüti" am 16. September 2020 ablehnte, muss Bubikon gemäss Auftrag der überwiesenen Initiative soweit wie möglich im Prüfbericht mitberücksichtigt werden. Folgende Zielsetzungen sollen bei der Prüfung verfolgt werden:

- IST-Analyse der Strukturen der Gemeinden Bubikon, Dürnten und Rüti.
- Prüfung einer Gemeindefusion von Bubikon, Dürnten und Rüti.

Der Prüfbericht zur Gemeindefusion sollte auf ausdrücklichen Wunsch der auftraggebenden Gemeinden evidenzbasiert bzw. wissenschaftlich fundiert sein und möglichst wenig auf individuellen Aussagen und Einschätzungen einzelner Expertinnen und Experten, Exekutivmitglieder oder Verwaltungskader beruhen. Stattdessen wurden Daten aus der kantonalen Gemeindestatistik sowie Daten aus Gemeindestudien zusammengetragen und aufbereitet. Folgende Analyseschritte wurden unternommen:

- Gemeindestrukturen von Bubikon, Dürnten und Rüti: Beschreibung der IST-Situation und Stärken-Schwächen-Analyse
- Prüfung der Gemeindefusion: Chancen und Risiken

Bewertung der IST-Situation in den Projektgemeinden

Aus der Beschreibung der IST-Situation in den drei Gemeinden lassen sich deren Stärken und Schwächen entweder einzeln oder für alle drei gemeinsam identifizieren.

Im Bereich *Gemeindestruktur und -charakteristika* sind als Stärke aller drei Gemeinden die Nähe zur Natur sowie damit einhergehend die geringe Lärmbelastung zu nennen. Zudem stimmen die Immobilienqualität und -preise, was die Gemeinden vor allem bei Familien attraktiv macht. Die Lage an der Peripherie des Kantons ist eine Schwäche, die sich aufgrund der Kantonsgrenze bei der Raum- und Verkehrsplanung bemerkbar macht. Die Gemeinden sind zudem segmentiert und bestehen aus verschiedenen auch räumlich getrennten Ortsteilen, die eine starke eigene Identität entwickelt haben. Alle drei Gemeinden haben eine unterschiedliche Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur.

Im Bereich *Bevölkerung und Gesellschaft* ist besonders das Bevölkerungswachstum als Stärke hervorzuheben (positiver Wanderungssaldo bei Zu- und Wegzügen), das auch für die Attraktivität der Gemeinden steht. In den Gemeinden ist ein hoher Anteil 0-19jähriger und 40-64jähriger Einwohnerinnen und Einwohnern festzustellen, der in Bubikon und Dürnten über dem kantonalen Durchschnitt liegt und insbesondere auf die in den Gemeinden lebenden Familien zurückzuführen ist. Bei den Schwächen muss zuerst die Alterung der Bevölkerung genannt werden und der im Vergleich mit dem kantonalen Durchschnitt relativ geringe Anteil der 20-39jährigen in den Gemeinden. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung liegt in den drei Gemeinden etwas über dem kantonalen Durchschnitt. Eine weitere Schwäche liegt im geringen Freizeitangebot der Gemeinden.

Stärken und Schwächen der Gemeinden

	Stärken	Schwächen
Gemeindestruktur und -charakteristika	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinden zeichnen sich durch eine grosse Nähe zur Natur aus • Geringe Lärmbelastung in den Gemeinden • Gute Immobilienqualität und -preise • Gute Verkehrsanbindung (Rüti) 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinden sind segmentiert und bestehen aus verschiedenen auch räumlich getrennten Ortsteilen • Unterschiedliche Wirtschaftsstruktur: Dürnten ist landwirtschaftlich, Bubikon gewerblich geprägt. In Rüti gibt es sowohl Gewerbe als auch Dienstleistungen. • Ausbaufähige Verkehrsanbindung ÖV (Dürnten) • Lage an der Peripherie des Kantons, Kantonsgrenze erschwert die Koordination in manchen Themenbereichen (z.B. Raumplanung)
Bevölkerung und Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Starkes Bevölkerungswachstum in den letzten 10 Jahren, besonders in Bubikon und Dürnten • Hoher Anteil 0-19jähriger und 40-64jähriger (→ attraktiv bei Familien) • Positives Wanderungssaldo bei Zu- und Wegzügen • Im Grossen und Ganzen als angenehm empfundene Sozialstruktur (Dürnten) • Hohe Identität mit den (Teil)Orten bzw. den Gemeinden • Intaktes Vereinsleben 	<ul style="list-style-type: none"> • Durchschnittsalter der Bevölkerung über kantonalem Durchschnitt, geringer Anteil von 20-39jährigen • Alterung der Bevölkerung nimmt stark zu • Teilweise als nicht passend empfundene Sozialstruktur in der Gemeinde (Rüti) • Geringes Freizeitangebot (in den Bereichen Kino, Bars, Theater etc.)
Gemeindeverwaltung und Politik	<ul style="list-style-type: none"> • Hohe parteipolitische Übereinstimmung zwischen den Gemeinden • Parteilose/Dorfparteien wichtig für die politische Willensbildung • Gute Leistungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung (Dürnten und Rüti) • Ressortzuschnitt ähnlich in allen drei Gemeinden 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuungseinrichtungen sind zu wenige vorhanden (besonders Tageseinrichtungen für Kinder), ebenso zu wenige Einrichtungen für Erwachsenenbildung • Richtplan Oberland weist viele Gebiete zur gemeinsamen Entwicklung aus (Gemeinden können Siedlungsentwicklung nicht mehr autonom vorantreiben)
Gemeindefinanzen	<ul style="list-style-type: none"> • Geringer Nettoaufwand (pro EinwohnerIn) im Bereich allgemeine Verwaltung (Rüti) • Geringer Nettoaufwand (pro EinwohnerIn), allerdings meist bedingt durch politische Schwerpunktsetzung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Bubikon: Kultur, Sport und Freizeit, Umweltschutz und Raumordnung, soziale Sicherheit ○ Dürnten: soziale Sicherheit, Gesundheit ○ Rüti: Verkehr 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerbares Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen unter dem kantonalen Durchschnitt • Hoher bis sehr hoher Steuerfuss in allen Gemeinden • Geringer Selbstfinanzierungsanteil in Bubikon und Rüti für Investitionen • Hoher Nettoaufwand (pro EinwohnerIn) im Bereich allgemeine Verwaltung (Bubikon, Dürnten) • Hoher Nettoaufwand (pro EinwohnerIn), allerdings meist bedingt durch politische Schwerpunktsetzung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Bubikon: Verkehr, Ordnung und Sicherheit, Gesundheit ○ Dürnten: Kultur, Sport und Freizeit, Umweltschutz und Raumordnung, Verkehr ○ Rüti: Kultur, Sport und Freizeit, Umweltschutz und Raumordnung, soziale Sicherheit, Gesundheit, Ordnung und Sicherheit

Bei den *Gemeindefinanzen* fällt auf, dass das steuerbare Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen unter dem kantonalen Durchschnitt liegt. Alle drei Gemeinden weisen einen hohen bis sehr hohen Steuerfuss auf, Bubikon und Rüti zudem einen geringen Selbstfinanzierungsanteil bei Investitionen.

Im Bereich der *Gemeindeverwaltung und -politik* ist als Stärke die grosse Gemeinsamkeit der drei Gemeinden zu betonen. Die gilt zum einen für die hohe parteipolitische Übereinstimmung zwischen den Gemeinden. Der Ressortzuschnitt der Exekutive und der Gemeindeverwaltung ähnelt sich ebenfalls bei den drei Gemeinden. Die Leistungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung ist als gut einzuschätzen. Als Schwächen werden in der Zuzug- und Wegzugsbefragung die wenigen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen genannt (besonders die Tagesbetreuung bei Kindern und die fehlenden Angebote zur Erwachsenenbildung fallen hier auf). Eine weitere Schwäche ist, dass der Richtplan Oberland viele Gebiete zur gemeinsamen Entwicklung ausweist. Somit können die Gemeinden in vielfacher Hinsicht die Siedlungsentwicklung nicht mehr autonom vorantreiben.

Chancen und Risiken der Gemeindefusion

Die vorgängigen Analysen können mit Hilfe verschiedener Gütekriterien zu einer Chancen-Risiken Analyse der Gemeindefusion zusammengefasst werden.

Politische Steuerbarkeit: Bei diesem Gütekriterium geht es darum, in welchem Ausmass die Gemeinden die Möglichkeit haben die politische Steuerung wahrzunehmen. Chancen ergeben sich für eine Gemeindefusion der drei Gemeinden durch die weitgehend identischen Stärken und Schwächen. Dadurch sind die Interessen ähnlich gelagert und können gezielt angegangen werden. Probleme und mögliche Lösungen sollten folglich von der Bevölkerung und der Exekutive ähnlich bewertet werden. Eine weitere Chance einer Fusion liegt darin, dass die Siedlungsstruktur einheitlich und integriert geplant werden könnte. Die geteilten Zuständigkeiten bei der Entwicklung der Gebiete im Richtplan Oberland könnten aufgehoben werden. Risiken ergeben sich durch höhere Anforderungen an die Behördenmitglieder bezüglich Kompetenzen. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die neue Gemeinde eventuell von Teilen der Bevölkerung nicht akzeptiert werden könnte.

Koordination und Führbarkeit: Tendenziell nimmt die Führbarkeit bei grösseren Gemeinden ab und zusätzliche Stäbe oder Führungsunterstützungssysteme müssten aufgebaut werden. Erwartbar sind allgemein höhere Koordinationskosten bei einer fusionierten Gemeinde (aber nicht unbedingt höhere Gesamtkosten → Spezialisierung). Verbessern würde sich die Koordination von gemeindeübergreifenden Themen (z.B. Siedlungsentwicklung), da nicht mehr drei Gemeinden in den politischen Prozess integriert werden müssten (→ politische Steuerbarkeit).

Politische Mitwirkung: Aus den durchgeführten Analysen zeigt sich, dass bei einer grösseren Gemeinde eine einfachere Rekrutierung und grössere Kandidatenauswahl bei Behörden und Kommissionen aufgrund der grösseren Bevölkerungszahl und höherer Entschädigung zu erwarten ist. Auf der anderen Seite könnte die Belastung durch das Exekutivamt durch die steigende Komplexität der Aufgaben und Problemstellungen in einer grösseren Gemeinde zunehmen (→ politische Steuerbarkeit). Zudem könnte die Identifikation mit der fusionierten Gemeinde abnehmen und die Wahlbeteiligung (zumindest in den ersten Jahren nach der Fusion) zurückgehen. Jedoch identifizieren sich Bürgerinnen und Bürger bereits heute zumindest teilweise nicht mit der Gemeinde, sondern mit dem Ortsteil (Oberdürnter, Tannerin, Wolfhauser, Fägschwilerin etc.).

Chancen und Risiken der Gemeindefusion – Teil 1

	Chancen einer Gemeindefusion	Risiken einer Gemeindefusion
Politische Steuerbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> Da die Gemeinden über weitgehend dieselben Stärken und Schwächen verfügen, sind die Interessen ähnlich gelagert und können gezielt angegangen werden Die Raumplanung (Siedlung, Verkehr, Versorgung, Entsorgung etc.) könnte einheitlich und integriert geplant werden 	<ul style="list-style-type: none"> Hohe Anforderungen an die Behördenmitglieder bezüglich Kompetenzen bei einer grösseren Gemeinde Die neue Gemeinde, bzw. eventuell deren neuer Name oder das neue Wappen, könnten von der Bevölkerung in grossen Teilen nicht akzeptiert werden
Koordination und Führbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> Verbessern würde sich die Koordination von gemeindeübergreifenden Themen (z.B. Siedlungsentwicklung) 	<ul style="list-style-type: none"> Durch die Vergrösserung der Verwaltung müsste möglicherweise eine weitere Hierarchieebene in das Organigramm eingezeichnet werden, was mit höheren Kosten verbunden wäre Erwartbar sind allgemein höhere Koordinationskosten bei einer grösseren Gemeinde (nicht unbedingt höhere Gesamtkosten)
Politische Mitwirkung	<ul style="list-style-type: none"> Einfachere Rekrutierung und grössere Kandidatenauswahl bei Behörden und Kommissionen aufgrund der grösseren Bevölkerungszahl und höherer Entschädigung zu erwarten Grössere Zufriedenheit mit der finanziellen Entschädigung für das Exekutivamt 	<ul style="list-style-type: none"> Die Identifikation mit der fusionierten Gemeinde könnte abnehmen Die Wahlbeteiligung könnte (zumindest in den ersten Jahren nach der Fusion) zurückgehen Belastung durch das Exekutivamt könnte zunehmen Parteilose/Dorfparteien verlieren an Einfluss
Anpassungsfähigkeit	<ul style="list-style-type: none"> Neue Herausforderungen (z.B. Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen) sollten leichter ohne grundlegende Organisationsänderungen in der Verwaltung umgesetzt werden können 	
Stellvertretungen	<ul style="list-style-type: none"> Durch eine grössere Gemeindeverwaltung könnten Personalfuktuation und Absenzen besser aufgefangen werden 	
Spezialisierung / Professionalität	<ul style="list-style-type: none"> Erleichterte Rekrutierung von qualifiziertem Personal durch höhere Attraktivität für gute StellenbewerberInnen Eine grössere Verwaltung hätte mehr Möglichkeiten zur Qualitätsverbesserung Eine Spezialisierung bietet auch Möglichkeiten der Kostenreduktion (siehe Effizienzpotentiale) Eine grössere Verwaltung würde den Mitarbeitenden mehr Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in fachlicher Hinsicht und zu Leitungsstellen bieten 	<ul style="list-style-type: none"> Es könnte durch eine höhere Professionalisierung auch zu höheren Kosten kommen
Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)	<ul style="list-style-type: none"> Einige wenige interkommunale Zusammenarbeiten (z.B. manche Zweckverbände) könnten wieder in die Gemeindeorganisation überführt werden, was die Abstimmungszeit verkürzen und auch die Gemeindeautonomie stärken würde 	

Anpassungsfähigkeit/Stellvertretungen: Neue Herausforderungen (z.B. Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen) sollten nach einer Gemeindefusion leichter ohne grundlegende Organisationsänderungen in der Verwaltung umgesetzt werden können, da neue Aufgabenfelder in grössere-

ren Organisationen leichter und sinnvoller zuordenbar sind (und nicht irgendeiner Abteilung «angehängt» werden). Durch eine grössere Gemeindeverwaltung könnten Personalfuktuation und Absenzen besser aufgefangen werden.

Spezialisierung: Eine grössere Verwaltung hätte durch eine Gemeindefusion mehr Möglichkeiten zur Spezialisierung und Qualitätsverbesserung (→ Qualität der Leistungen). Zudem erleichtert eine höhere Fachspezialisierung in den Ämtern die Rekrutierung von qualifiziertem Personal durch höhere Attraktivität für gute StellenbewerberInnen.

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ): Bei einer Gemeindefusion könnten einige wenige interkommunale Zusammenarbeiten (z.B. manche Zweckverbände) wieder in die Gemeindeverwaltung überführt werden, was die Abstimmungszeit verkürzen und auch die Gemeindeautonomie stärken würde. Viele IKZ würden aber bestehen bleiben, da weitere Gemeinden beteiligt sind (z.B. Hinwil oder Wald).

Chancen und Risiken der Gemeindefusion – Teil 2

	Chancen einer Gemeindefusion	Risiken einer Gemeindefusion
Effizienzpotentiale	<ul style="list-style-type: none"> • Insgesamt gäbe es weniger Behördenämter; dadurch würde die Entschädigung pro EinwohnerIn für die Behördenämter sinken • Bessere Nutzung der Liegenschaften / Infrastruktur • Es könnten Effizienzpotentiale in der Verwaltung entstehen, wenn nicht gleichzeitig auch «Begehrlichkeiten» geweckt werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Es könnte zu einem höheren Anspruchsdenken der Bevölkerung kommen, die rasch eine Angleichung an die anderen Teilorte wünschen (z.B. bei den Freizeitangeboten) • Es müssen wahrscheinlich umfangreiche Änderungen an der Infrastruktur sowie den Prozessen vorgenommen werden, zudem würde ein neues Gemeindehaus benötigt • Es könnten übermässige Erwartungen an mögliche Kosteneinsparungen entstehen
Qualität der Leistung	<ul style="list-style-type: none"> • Fachpersonen in allen Abteilungen, professionellere und fachkompetente Dienstleistungen 	
Innovationsfähigkeit / Digitalisierung	<ul style="list-style-type: none"> • Innovative Themen könnten schneller aufgegriffen werden • Digitalisierung könnte stärker vorangetrieben werden und die online Bereitstellung von Dienstleistungen ausgebaut werden (Nachfrage der BürgerInnen wird zukünftig steigen) 	
Bürgernähe		<ul style="list-style-type: none"> • Durch eine mögliche Zentralisierung der Verwaltung an einem Standort könnte der direkte Kontakt zur Bevölkerung weniger werden • Längere Wege zur Gemeindeverwaltung sind zu erwarten • Behördengänge könnten komplizierter werden
Zufriedenheit und Wohlbefinden	<ul style="list-style-type: none"> • Es könnten gezielter die «Wohlfühlfaktoren» bedient werden bzw. neue und bessere Leistungen angeboten werden: <ul style="list-style-type: none"> ○ Freizeitangebote ○ Natur- und Umweltschutz ○ Sicherheitsgefühl ○ Wohnen im Alter ○ Familienangebote 	

Effizienzpotentiale: In grösseren Gebietseinheiten fallen Synergieeffekte und Skalenerträge tendenziell höher aus als in kleineren Perimetern. So würde die Entschädigung pro EinwohnerIn für die Behördenämter sinken. Durch eine bessere Nutzung der Liegenschaften und Infrastruktur könnten Effizienzpotentiale in der Verwaltung entstehen, wenn nicht gleichzeitig auch «Begehrlichkeiten» geweckt werden. Die Begehrlichkeiten können sich in einem höheren Anspruchsdenken der Bevölkerung äussern, wenn diese eine Angleichung an die anderen Teilorte wünschen (z.B. bei den Freizeitangeboten). Das grösste Risiko einer Gemeindefusion besteht allerdings in übermässigen Erwartungen an mögliche Kosteneinsparungen.

Qualität der Leistung: Nach einer Gemeindefusion sollte es leichter sein, Fachpersonen in allen Abteilungen anzustellen, die professionellere und fachkompetente Dienstleistungen erbringen (in Abhängigkeit von der Situation am Arbeitsmarkt).

Bürgernähe: Unter Bürgernähe ist die Orientierung an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger bei der Leistungserbringung zu verstehen. Tendenziell ist die Bürgernähe in kleineren Gebiets-einheiten grösser. Durch eine mögliche Zentralisierung der Verwaltung an einem Standort nach einer Fusion könnte der direkte Kontakt zur Bevölkerung weniger werden (→ siehe aber Innovationsfähigkeit).

Innovationsfähigkeit: Besonders im Bereich der digitalen Dienstleistungen sowie der digitalen Partizipationsinstrumente kann durch eine Gemeindefusion vermehrt auf die wachsenden Ansprüche der Bevölkerung an das digitale Leistungsportfolio eingegangen werden (→ siehe aber Bürgernähe).

Zufriedenheit/Wohlbefinden der Bevölkerung: Durch eine Gemeindefusion könnten die «Wohlfühlfaktoren» gezielter bedient werden bzw. neue und bessere Leistungen in diesem Bereich konzipiert und angeboten werden (z.B. in den Bereichen Freizeitangebote, Natur- und Umweltschutz, Sicherheitsgefühl, Wohnen im Alter, Familienangebote).

Zusammenfassend können aus Sicht der ZHAW folgende Schlüsse gezogen werden:

- Die Voraussetzungen für eine Fusion der drei politischen Gemeinden sind sowohl aus Effektivitäts- als auch Effizienzgesichtspunkten gegeben. Es besteht ein Vorteil der Fusion gegenüber dem Status-quo, wenn man auf die Chancen und Risiken abstellt.
- Eine Fusion ist jedoch ein langfristiges Projekt, dessen Vorteile sich kurzfristig nicht sofort realisieren lassen und in den ersten Jahren auch zusätzlichen Aufwand und diverse Unsicherheiten bei Bevölkerung, Politik und Verwaltung bedeuten.
- Gegen eine Fusion sprechen eher die emotionalen Faktoren wie Bürgernähe oder Identität mit der Gemeinde, die jedoch einen erheblichen Einfluss auf das Zustandekommen haben.
- Zusätzlich sollte noch bedacht werden, dass es keinen unmittelbaren und dringlichen Grund für eine Gemeindefusion der drei Gemeinden gibt. Sowohl die finanzielle Situation der Gemeinden als auch die Verwaltungsleistungen deuten nicht auf grossen Handlungsdruck hin.

Inhalt

Management Summary.....	2
1 Einleitung	10
1.1 Ausgangslage und Zielsetzung des Berichts.....	10
1.2 Methodisches Vorgehen	11
1.3 Gütekriterien zur Beurteilung der Gemeindefusion.....	12
1.4 Aufbau des Berichts.....	15
2 IST-Situationsanalyse der Gemeinden: Stärken und Schwächen	16
2.1 Geographische Lage und Struktur der Gemeinden	16
2.2 Bevölkerung	17
2.2.1 Bevölkerungszahl und -entwicklung	17
2.2.2 Altersstruktur.....	18
2.2.3 Anteil Ausländerinnen und Ausländer an der Wohnbevölkerung	19
2.3 Einkommen und Vermögen natürlicher Personen	19
2.4 Beschäftigungssituation und -entwicklung	20
2.5 Finanzkennzahlen der Gemeinden	21
2.6 Nettoaufwand	23
2.7 Parteienstärke und Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen	24
2.8 Wohnortwechsel.....	25
2.9 Zuzugs- und Wegzugsbefragungen in Dürnten und Rüti	26
2.10 Verkehrsanbindung der Gemeinden.....	28
2.11 Freizeit und Konsum	29
2.12 Interkommunale Zusammenarbeiten bei öffentlichen Aufgaben.....	30
2.13 Entwicklungsziele im Zukunftsbild 2030 des regionalen Richtplans Oberland	32
2.14 Organisation der Gemeindeexekutive	33
2.15 Bewertung der IST-Situation in den Projektgemeinden	34
3 Chancen und Risiken einer Gemeindefusion	37
3.1 Kosteneffekte von Gemeindefusionen und mögliche Effizienzpotentiale	37
3.2 Politische Institutionen.....	41
3.2.1 Organisation der Gemeindelegislative	41
3.2.2 Organisation der Gemeindeexekutive	41
3.3 Politische Mitwirkung und Milizsystem.....	42
3.4 Wohlbefinden der Bevölkerung in einer Gemeinde.....	48
3.5 Chancen und Risiken der Gemeindefusion	53
4 Gesamtwürdigung	58

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Geographische Lage der Gemeinden	16
Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung	18
Abbildung 3: Die Entwicklung des Altersquotienten in den drei Gemeinden	19
Abbildung 4: Beschäftigungsentwicklung	21
Abbildung 5: Entwicklung der Finanzkennzahlen	23
Abbildung 6: Nettoaufwand nach Verwaltungsbereichen	24
Abbildung 7: Notwendigkeit zur Durchsetzung gegen Konkurrenz bei erster Exekutivwahl (Stand 2017)	43
Abbildung 8: Wahlausgang als klares bzw. knappes Wahlergebnis bei den Wahlen mit Konkurrenz	43
Abbildung 9: Belastung durch Exekutivamt: Privatleben (Stand 2017)	44
Abbildung 10: Belastung durch Exekutivamt: Berufsleben (Stand 2017)	44
Abbildung 11: Entschädigung nach Gemeindegrösse (Stand 2017)	45
Abbildung 12: Zufriedenheit mit der finanziellen Entschädigung (Stand 2017)	45
Abbildung 13: Vorteile des Milizsystems (Stand 2017)	46
Abbildung 14: Nachteile des Milizsystems (Stand 2017)	46
Abbildung 15: Wohlbefinden am Wohnort	48
Abbildung 16: Einflussfaktoren auf das Wohlbefinden	49
Abbildung 17: Zufriedenheit mit den Dienstleistungen der Wohngemeinde	50
Abbildung 18: Zufriedenheit mit den Dienstleistungen nach Einwohnerzahl	50
Abbildung 19: Zusammenhang zwischen Wichtigkeit einzelner Dienstleistungen und der Zufriedenheit	51
Abbildung 20: Potentiale der Auslagerung von Aufgaben	52

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Auswahl an Gütekriterien zur Beurteilung der Gemeindefusion	12
Tabelle 2: Bevölkerungszahl und –entwicklung (Stand: 2020)	17
Tabelle 3: Altersstruktur der drei Gemeinden (Stand: 2020)	18
Tabelle 4: Anteil der ausländischen Bevölkerung (Stand: 2020)	19
Tabelle 5: Einkommens- und Vermögenssituation (Stand: 2020)	20
Tabelle 6: Beschäftigtensituation und –entwicklung (Stand: 2018)	20
Tabelle 7: Finanzkennzahlen der Gemeinden I (Stand: 2019, Steuerfuss 2021)	21
Tabelle 8: Finanzkennzahlen der Gemeinden II (Stand: 2019)	22
Tabelle 9: Ergebnisse Nationalratswahlen 2019	25
Tabelle 10: Zuzüge und Wegzüge	25
Tabelle 11: Stärken- und Schwächenprofil von Dürnten und Rüti	28
Tabelle 12: öV-Verbindungen zwischen den Projektgemeinden	29
Tabelle 13: Motorisierter Individualverkehr	29
Tabelle 14: Interkommunale Zusammenarbeit in den Projektgemeinden	32
Tabelle 15: Ressortzuschnitt in den Projektgemeinden	34
Tabelle 16: Stärken und Schwächen der Projektgemeinden	36
Tabelle 17: Effizienzpotentiale in verschiedenen Verwaltungsbereichen I	38
Tabelle 18: Effizienzpotentiale in verschiedenen Verwaltungsbereichen II	39
Tabelle 19: Effizienzpotentiale in verschiedenen Verwaltungsbereichen III	40
Tabelle 20: Vor- und Nachteile der Gemeindetypen	41
Tabelle 21: Ressortverteilung Stadtrat bei ausgewählten Städten mit rund 25'000 Einwohnerinnen und Einwohnern	42
Tabelle 22: Chancen und Risiken der Gemeindefusion – Dimension der Befähiger	54
Tabelle 23: Chancen und Risiken der Gemeindefusion – Dimension der Ergebnisse	56

1 Einleitung

Die Schweizer Gemeinden sind mit zunehmenden Herausforderungen konfrontiert. Die Aufgaben sind für Gemeindeverwaltungen aufgrund der Komplexität der Rechtsmaterie oder der Digitalisierung der Arbeitsprozesse zunehmend schwieriger zu bewältigen. Die finanzielle Lage ist von Unsicherheit geprägt und die Budgets werden tendenziell kleiner. Gleichzeitig steigen die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die Leistungsstandards. Eine weitere Herausforderung entsteht zudem durch die demografische Entwicklung und die damit verbundene Abwanderung von jungen und gut ausgebildeten Personen in kleinen und peripheren Gemeinden. Diese Faktoren führen dazu, dass der Druck auf die Gemeinden für mehr Gemeindefusionen zunimmt (Steiner, 2002).

Vor diesem Hintergrund wird es für die Gemeinden wichtiger, entsprechende Strategien zu entwickeln, um ihre Aufgaben auf einem hohen Leistungsstandard bewältigen zu können, und um die Effektivität, Effizienz und Kapazitäten zu steigern. Reformen über die Gemeindegrenzen hinweg wie Kooperationen und Gemeindezusammenschlüsse haben in diesem Zusammenhang an Bedeutung gewonnen.

1.1 Ausgangslage und Zielsetzung des Berichts

Im März 2020 wurde den Gemeinderäten der Gemeinden Bubikon, Dürnten und Rüti je eine Initiative zur Prüfung eines Zusammenschlusses der drei Gemeinden eingereicht. Hintergrund der Initiative ist das Zusammenwachsen sowie die bestehende Vernetzung der drei Gemeinden, die bereits heute zunehmend einen gemeinsamen funktionalen Raum bilden.

Gemäss Gemeindegesetz des Kantons Zürich unterteilt sich das Verfahren eines Gemeindezusammenschlusses in die vier Phasen (1) Prüfung eines Zusammenschlusses, (2) Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen, (3) Abstimmung über den Zusammenschlussvertrag sowie (4) Umsetzung. Innerhalb einer Frist von 18 Monaten nach der Erheblicherklärung der Initiative hat der Gemeinderat einen Bericht mit der Prüfung eines Zusammenschlusses zuhanden der Gemeindeversammlung vorzulegen. In Dürnten und Rüti wurden die Initiativen an den entsprechenden Gemeindeversammlungen für erheblich erklärt, in Bubikon hingegen wurde die Initiative abgelehnt.

Die Gemeinden Rüti und Dürnten beabsichtigten, eine ergebnisoffene Prüfung einer möglichen Gemeindefusion durch ein externes Institut durchführen zu lassen. Obschon die Gemeindeversammlung der politischen Gemeinde Bubikon die Einzelinitiative "Zusammenschluss Bubikon - Dürnten - Rüti" am 16. September 2020 ablehnte, muss Bubikon gemäss Auftrag der überwiesenen Initiative soweit wie möglich im Prüfbericht mitberücksichtigt werden.

Folgende Zielsetzungen sollen bei der Prüfung verfolgt werden:

- IST-Analyse der Strukturen der Gemeinden Bubikon, Dürnten und Rüti.
- Prüfung einer Gemeindefusion von Bubikon, Dürnten und Rüti.

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) wurde von Herrn Thomas Ziltener, Gemeindeschreiber der Gemeinde Rüti angefragt, eine Offerte für die Erarbeitung einer solchen Studie zu erstellen. Am 4.11.2020 fand zwischen Herrn Ziltener sowie Achim Lang und Caroline Brüesch von der ZHAW ein Telefonat statt, um die Erwartungen an das Projekt detaillierter zu klären.

Zur weiteren Abklärung des Prüfungsumfangs wurde ein Telefongespräch mit dem Gemeindeamt des Kantons Zürich geführt, um etwaige Vorgaben an die «Prüfung Zusammenschlüsse mit Bericht» (§ 151 Abs. 2 GG) seitens des Kantons zu bestimmen. Dies war angezeigt, da im Kanton Zürich bislang die «Prüfung Zusammenschlüsse mit Bericht» noch nicht zur Anwendung kam. Die Aussagen des Gemeindeamts sind dahingehend, dass der Prüfbericht als Grundlage für die Gemeindeversammlung dienen, aber die Entscheidungsgrundlagen der Phase 2 des Fusionsvorhabens noch nicht vorwegnehmen soll.

Ausserdem fand Mitte Februar 2021 ein gemeinsames Treffen der am Projekt beteiligten Personen statt, um abschliessende Fragen zur Zielsetzung und Form des Prüfberichts zu klären. Ziel ist somit ein Prüfbericht, der auf die Auswirkungen einer allfälligen Gemeindefusion für die Gemeinden Bubikon, Dürnten und Rüti fokussiert, bei der Gemeinde Bubikon jedoch in Abhängigkeit von deren Mitarbeit bzw. der Datenverfügbarkeit. Dabei sollen die Gemeinden als Ganzes, aber auch die besonders relevanten Gemeindeaufgaben beleuchtet und auf dieser Grundlage die Chancen und Risiken erarbeitet werden.

1.2 Methodisches Vorgehen

Der Prüfbericht zur Gemeindefusion sollte auf ausdrücklichen Wunsch der auftraggebenden Gemeinden evidenzbasiert bzw. wissenschaftlich fundiert sein und möglichst wenig auf Aussagen und Einschätzungen einzelner Expertinnen und Experten, Exekutivmitglieder oder Verwaltungskader beruhen. Stattdessen wurden Daten aus der kantonalen Gemeindestatistik sowie Daten aus Gemeindestudien zusammengetragen und aufbereitet. Folgende Analyseschritte werden unternommen:

Gemeindestrukturen von Bubikon, Dürnten und Rüti: Beschreibung der IST-Situation und Stärken-Schwächen-Analyse

In diesem Analyseschritt werden die wichtigsten statistischen Kennzahlen, insbesondere vom Statistischen Amt des Kantons Zürich, Daten der Gemeindeverwaltungen sowie die Ergebnisse der kantonalen Zu- und Wegzugsbefragung zusammengetragen, um eine Bestandsaufnahme der Gemeinden Bubikon, Dürnten und Rüti zu erstellen und diese mit den Gemeindekennzahlen im Kanton Zürich zu vergleichen.

Zur IST-Analyse gehört auch eine Überprüfung der bislang bestehenden interkommunalen Zusammenarbeit.

Ausgehend von diesem Zahlenmaterial wird eine Stärken-Schwächen-Analyse durchgeführt.

Prüfung der Gemeindefusion: Chancen und Risiken

Die nachfolgende Analyse der Chancen und Risiken einer Gemeindefusion basiert im Wesentlichen auf einer Analyse der vorhandenen Literatur bzw. Studien zu verschiedenen Themenbereichen (Effizienzpotentiale, Milizsystem, Wohlbefinden der Bevölkerung) sowie in eigenständigen Analysen zur politischen Beteiligung im Milizsystem und zu den Kosten von Verwaltungsbereichen. Sowohl in der Literatur- als auch in der Datenanalyse galt es zu bestimmen, ob die Gemeindegrösse einen positiven oder negativen Effekt auf Kosten, politische Beteiligung, Wohlbefinden, etc. hat.

Diese Analysen werden nachfolgend dann zu Chancen und Risiken für eine Gemeindefusion der Gemeinden Bubikon, Dürnten und Rüti zusammengefasst. Um die Chancen und Risiken noch zielgerichteter aufbereiten zu können, wurden diese nach verschiedenen Gütekriterien geordnet.

Hierfür werden – basierend auf dem Common Assessment Framework (CAF) sowie weiterer einschlägiger Literatur – Dimensionen, zugehörige Themenfelder gemäss CAF sowie relevante Gütekriterien definiert (siehe Tabelle 1). Beim CAF handelt es sich um ein gemeinsames europäisches Qualitätsbewertungssystem zur Verbesserung von Organisationen im öffentlichen Sektor. Als die zwei Hauptdimensionen werden die Befähiger und die Ergebnisse des Vorhabens unterschieden. Jeder dieser Hauptdimensionen werden Gütekriterien zugeordnet.

Abgrenzung: Was diese Studie nicht beinhaltet

Diese Studie hat das Ziel, die Stärken und Schwächen der Gemeinde mit statistischen Daten und bereits verfügbaren Umfragen aufzuzeigen sowie die Chancen und Risiken aus der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur abzuleiten. Weiterführende Umfragen oder Interviews wurden nicht getätigt und waren auch nicht Teil des Prüfauftrags.

Die Prüfinitiative argumentiert in ihrer Begründung zur Initiative, dass die «zusammengeschlossenen Gemeinden mit zusammen rund 27'000 Einwohnerinnen und Einwohner zwischen Rapperswil und Wetzikon in der Region und gegenüber dem Kanton mehr Gewicht erhalten. Dies gilt z.B. für die Spitalplanung und den öffentlichen Verkehr». Argumentiert wird hier, dass grössere Gemeinden mehr Gewicht gegenüber dem Kanton haben. Das Gegenargument besagt, dass das gemeinsame Auftreten von mehreren Gemeinden mehr Gewicht hat. Welches der beiden Argumente nun zutrifft, kann seriös nicht bestimmt werden, da es dazu keine Studien gibt.

1.3 Gütekriterien zur Beurteilung der Gemeindefusion

Die zu prüfende Gemeindefusion wird anhand von bestimmten Gütekriterien beurteilt. Hierfür wurden, basierend auf dem Common Assessment Framework (CAF) sowie weiterer einschlägiger Literatur (vgl. Steiner, 2002; Thom/Wenger, 2010; Gabler, 2018) Dimensionen, zugehörige Themenfelder gemäss CAF sowie verschiedene Gütekriterien definiert (siehe Tabelle 1). Als die zwei Hauptdimensionen werden die Befähiger sowie die Ergebnisse des Vorhabens unterschieden. Zu jeder dieser Hauptdimensionen werden Gütekriterien definiert, die im Folgenden noch genauer erläutert werden und später im empirischen Teil als Grundlage für die Beurteilung der Gemeindefusion dienen.

Tabelle 1: Auswahl an Gütekriterien zur Beurteilung der Gemeindefusion

Themenfelder gemäss CAF	Kriterien
Befähiger	<ul style="list-style-type: none"> • Politische Steuerbarkeit • Koordination und Führbarkeit • Anpassungsfähigkeit • Stellvertretungen • Spezialisierung / Professionalität • Politische Mitwirkung • Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)
Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Effizienzpotentiale (Economies of Scale, Economies of Scope) • Qualität der Leistung • Bürgernähe • Innovationsfähigkeit • Zufriedenheit der Bevölkerung

Kriterien nach Steiner, Kaiser & Lang (2018), Derungs & Fetz (2020)

Dimension der Befähiger

Mit den Befähigern sind die Tätigkeiten sowie die Art und Weise der Aufgabenerfüllung einer Organisation gemeint, mit dem Ziel, die gewünschten Ergebnisse zu erreichen (CAF, 2006).

Politische Steuerbarkeit: Bei diesem Gütekriterium geht es darum, in welchem Ausmass die Gemeinden die Möglichkeit haben die politische Steuerung wahrzunehmen. Auch die Autonomie einer Gemeinde soll hier mitberücksichtigt werden, welche bei einer Gemeindefusion gestärkt wird, da die grössere Gemeinde an Handlungsfähigkeit sowie an Gewicht gegenüber anderen Institutionen gewinnt (Steiner, 2002).

Koordination und Führbarkeit: Bei diesem Kriterium geht es um eine zielbezogene Führbarkeit der Organisation sowie um die Begrenzung des Koordinationsaufwandes (vgl. Steiner, 2002; Thom/Wenger, 2010). Der Koordinationsaufwand wird tendenziell höher und die Führbarkeit schwieriger, je differenzierter und komplexer die Organisationsstruktur ausgestaltet ist.

Anpassungsfähigkeit/Stellvertretungen: Das Organisationsmodell sollte es der Gemeinde ermöglichen, sich bei Änderungen von Anforderungen im Umfeld entsprechend rasch und wirksam anpassen zu können. Dies sollte möglichst ohne grundlegende Organisationsänderungen möglich sein und die Aufgabenerfüllung sollte stets gewährleistet sein (Steiner, 2002; Thom/Wenger, 2010). Hierfür ist im Bedarfsfall auch eine gewisse Flexibilität beim Personal und bei den Sachmitteln gefordert. In diesem Zusammenhang sind auch gut funktionierende Stellvertretungsregelungen von Relevanz, beispielweise bei einem Ausfall einer Arbeitskraft infolge Krankheit oder bei Urlaubsabwesenheiten. Gibt es nur eine Person, die eine bestimmte Aufgabe ausführen kann, besteht ein Klumpenrisiko, da bei deren Ausfall keine Stellvertretung gewährleistet werden kann. Insbesondere in kleinen Gemeinden ist die Situation problematisch, da oft bei Abwesenheiten keine adäquaten Stellvertreterregelungen bestehen.

Spezialisierung: Spezialisierung entsteht durch Arbeitsteilung, wobei sich einzelne Abteilungen oder Stellen der Institution einer Teilaufgabe widmen. Vorteile einer Spezialisierung können erhöhte Produktivität und eine professionellere Verrichtung der Aufgaben mit höherer Leistungsqualität sein. Jedoch ist hierfür eine gewisse Grösse der Organisation Voraussetzung. D.h. wenn eine kleine Gemeinde eine Aufgabe alleine erfüllt, wird sie nicht denselben Spezialisierungsgrad erreichen können wie dies in einer grösseren Gemeinde möglich wird.

Politische Mitwirkung: Die Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten für Behörden, Kommissionen und Ausschüsse in der Gemeindeexekutive und deren Auswahl in einem politischen Verfahren bestimmen zum grossen Teil die politischen Geschicke einer Gemeinde. Ein weiterer Punkt bei diesem Kriterium ist die politische Beteiligung der Bevölkerung. Es wird davon ausgegangen, dass sich in grösseren Gemeinden die Rekrutierung für die Gemeindeexekutive und -verwaltung erleichtert, aber gleichzeitig insgesamt die politische Mitwirkung bei Gemeindeversammlungen, Wahlen und Abstimmungen vorübergehend in den ersten Jahren zurückgeht.

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ): Die IKZ ist ein häufig gewählter Weg von Gemeinden, um in bestimmten Aufgabenbereichen durch die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden Grössen- und Spezialisierungsvorteil zu schaffen und damit die Qualität der Leistungen zu erhöhen und/oder deren Kosten zu senken. Durch die Zusammenarbeit wird jedoch auch der Handlungsspielraum und damit die Gemeindeautonomie eingeschränkt.

(a) Dimension der Ergebnisse

Effizienzpotehtiale (Economies of Scale, Economies of Scope): Bei der Umsetzung einer Gemeindefusion wird in der Regel auch das Ziel verfolgt, ein finanzielles Gleichgewicht herzustellen, aufrecht zu erhalten oder zu verbessern. Es stellt sich hierbei die Frage, ob mit der neu gewählten Organisationsform die Finanzlage der beteiligten Gemeinden verbessert werden kann (vgl. Steiner, 2002). Von Economies of Scale bzw. Skalenerträgen spricht man, wenn tiefere Kosten durch Effizienzgewinne erzielt werden können, die durch die Bereitstellung grösserer Mengen entstehen (vgl. Gabler, 2018). Wenn sich Gemeinden zusammenschliessen, können folglich gewisse Synergieeffekte und Skalenerträge erzielt werden. Im Zusammenhang mit Gemeindefusionen gibt es bislang jedoch keine gesicherten Erkenntnisse, ob diese tatsächlich zu Skalenerträgen führen. Demgegenüber sind auch Diseconomies of Scale möglich, d.h. eine Zunahme der Stückkosten mit zunehmender Menge. Es handelt sich dabei meist um Komplexitätskosten. Unter den sogenannten Economies of Scope versteht man Verbundeffekte, wonach es vorteilhafter ist, mehrere Leistungen in einer Organisation zu erbringen, anstatt dass sich mehrere Organisationen jeweils auf eine der zu erbringenden Leistungen spezialisiert und lediglich diese erbringt. Dadurch können Synergien und Kostenersparnisse entstehen (Gabler, 2018).

Qualität der Leistung: Die Qualität von öffentlichen Leistungen ist ein umstrittenes Konzept. Denn die Qualität hängt nicht nur von der Art und Weise, dem Niveau und der Ausdehnung der Leistungserbringung zusammen, sondern auch mit der Wahrnehmung und den Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger (Folz, 2004). Oft wird davon ausgegangen, dass das Leistungsniveau nach einer Fusion auf das Niveau derjenigen Gemeinde angehoben wird, die vor der Fusion die höchste Leistungsqualität aufwies. Zudem stehen mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung und grössere Verwaltungen weisen eine höhere Professionalität auf.

Bürgernähe: Unter Bürgernähe ist die Orientierung an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger bei der Leistungserbringung zu verstehen. Der Grad der Bürgernähe kommt etwa beim Umgang zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern zum Ausdruck. Tendenziell ist die Bürgernähe in kleineren Gebietseinheiten grösser, da die Vertreterinnen und Vertreter der Behörden und die Bürgerinnen und Bürger unter Umständen persönlichen Kontakt haben und die Wege kürzer sind.

Innovationsfähigkeit/Digitalisierung: Mit der Innovationsfähigkeit ist die Leistungsfähigkeit einer Institution in Bezug auf das Hervorbringen von Neuerungen gemeint (Gabler, 2018). Dabei ist einerseits das Innovationspotenzial von Relevanz, d.h. Voraussetzungen und Sachmittel, um die Innovationsfähigkeit zu gewährleisten. Andererseits geht es auch um das Innovationsklima, d.h. die Rahmenbedingungen bzw. organisatorischen Voraussetzungen für das Hervorbringen von Innovationen. In der wissenschaftlichen Literatur wird davon ausgegangen, dass besonders Städte ein grosses Innovationspotential haben.

Nutzerzentrierte Dienstleistungen sowie Partizipation werden in der Schweiz schon seit einiger Zeit in den Fokus gestellt. Die technologischen Entwicklungen führten im Laufe der letzten Jahre zu einer Erweiterung der digitalen Dienstleistungen sowie der digitalen Partizipationsinstrumente. Immer mehr Städte und Gemeinden in der Schweiz setzen E-Government und E-Partizipation ein und reagieren damit auf die wachsenden Ansprüche der Bevölkerung an das digitale Leistungsportfolio der Städte und Gemeinden. Einher geht, dass die Bürgernähe vor Ort durch die ständige digitale Erreichbarkeit substituiert wird.

Zufriedenheit/Wohlbefinden der Bevölkerung: Das subjektive Wohlbefinden der Einwohnerinnen und Einwohner ist eine wichtige Masszahl für die Attraktivität einer Gemeinde und setzt sich zusammen aus Lebenszufriedenheit, Vorhandensein positiver sowie Abwesenheit negativer Erfahrungen und Gefühle. Diese Dimensionen spielen für das Leben in der Gemeinde eine grosse Rolle

und werden von einer Vielzahl von Faktoren der Gemeindestruktur und des Gemeindelebens beeinflusst. Zum Einfluss der Gemeindegrösse auf das Wohlbefinden der Bevölkerung gibt es noch keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse.

1.4 Aufbau des Berichts

Der Bericht gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil wird die IST-Situation der Gemeinden aufbereitet und zusammengefasst. Dazu werden öffentlich zugängliche Daten verwendet, hauptsächlich vom Statistischen Amt des Kantons Zürich. Im Anschluss erfolgt eine Stärken-Schwächen-Analyse.

Im zweiten Teil werden die Effekte und Auswirkungen von Gemeindefusionen genauer beleuchtet. Dazu werden sowohl nationale als auch internationale Studien herangezogen. Im Anschluss erfolgt eine Chancen-Risiken-Analyse.

Beide Analysen werden im Schlusskapitel gesamthaft gewürdigt.

2 IST-Situationsanalyse der Gemeinden: Stärken und Schwächen

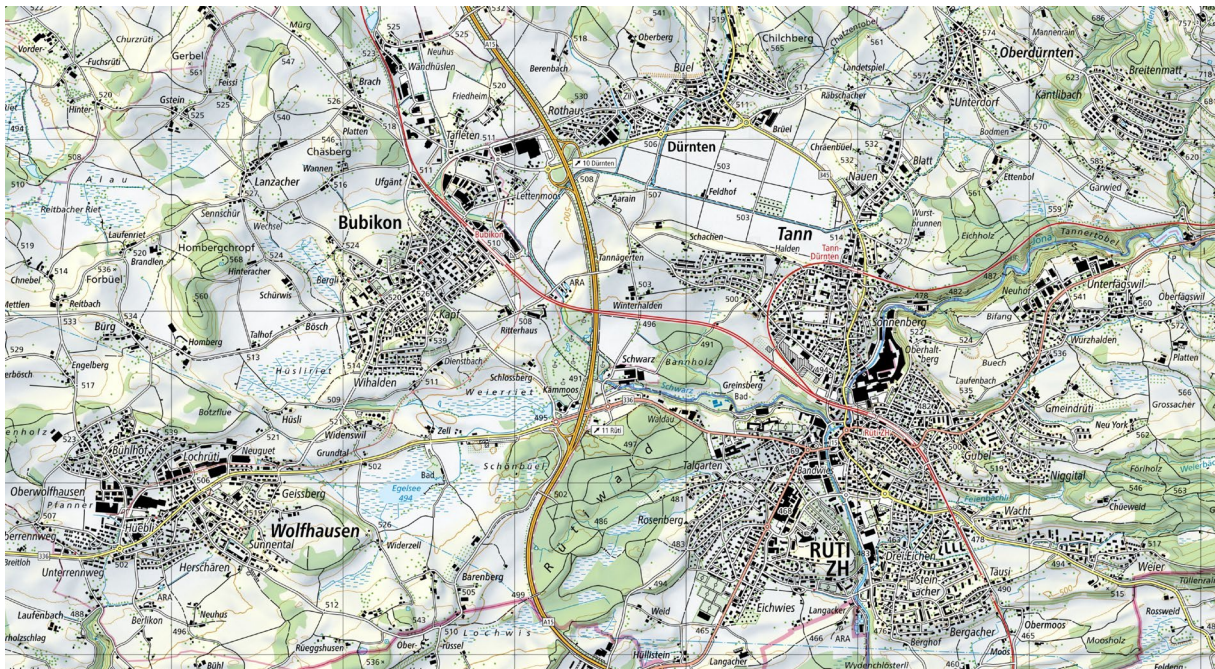
In diesem Analyseschritt werden die wichtigsten statistischen Kennzahlen vom Bundesamt für Statistik (BFS) und vom Statistischen Amt des Kantons Zürich, Daten der Gemeindeverwaltungen sowie die Ergebnisse der kantonalen Zu- und Wegzugsbefragung zusammengetragen, um eine Bestandsaufnahme der Gemeinden Bubikon, Dürnten und Rüti zu erstellen und diese mit den Gemeindekennzahlen im Kanton Zürich zu vergleichen. Ausgehend von diesem Zahlenmaterial wird eine Stärken-Schwächen-Analyse durchgeführt.

2.1 Geographische Lage und Struktur der Gemeinden

Die Gemeinden Bubikon, Dürnten und Rüti sind Teil des Zürcher Oberlands und befinden sich an dessen südöstlichem Ende. Das Zürcher Oberland umfasst die Zürcher Bezirke Uster, Hinwil, Pfäffikon und das Mittlere Tösstal im Bezirk Winterthur. Die drei Projektgemeinden befinden sich im Bezirk Hinwil, der direkt an den Kanton St. Gallen angrenzt.

Das Zürcher Oberland zeichnet sich durch eine grosse landschaftliche Vielfalt aus, die geprägt ist durch das stark bebaute Agglomerationsgebiet im Westen und in das weitgehende ländlich geprägte und bewaldete Hügelland im Osten. Die Region Zürcher Oberland ist zudem charakterisiert durch eine vielfältige Siedlungsstruktur, die kompakte, räumlich klar voneinander getrennte Ortschaften umfasst, in der städtische und ländliche Gebiete in unmittelbarer Nähe sich befinden (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Geographische Lage der Gemeinden



Quelle: <https://map.geo.admin.ch>

Die drei Projektgemeinden sind segmentiert und bestehen aus verschiedenen Ortsteilen.

Die zwei Dörfer Bubikon und Wolfhausen bilden zusammen die Gemeinde Bubikon. Die beiden Dörfer sind über die Jahre gewachsen und bilden bis heute eigenständige Dorfkerne mit eigenen

Schulen und lokalem Gewerbe. In der Gemeindetypologie des BFS wird Bubikon als «periurbane Industriegemeinde hoher Dichte» bezeichnet. Peri-Urbanisierung bezieht sich auf jene Prozesse des Wachstums in Gemeinden oder Städten, die hybride Landschaften mit fragmentierten städtischen und ländlichen Merkmalen hervorbringen.

Die Gemeinde Dürnten besteht aus den Ortsteilen Tann, Dürnten und Oberdürnten sowie Breitenmatt. Dürnten ist eine ländlich geprägt Wohngemeinde und ein beliebtes Naherholungsgebiet im Zürcher Oberland. Oberdürnten liegt im Osten am Hang des Bachtels, während der Ortsteil Dürnten zur geschützten Drumlinlandschaft des Zürcher Oberlands gehört. Tann mit der Hälfte aller Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde ist mit dem Siedlungsgebiet von Rüti zusammengewachsen mit dem Fluss Jona im Jonatal als gemeinsame Grenze. In der Gemeindetypologie des BFS wird Dürnten in der Kategorie «städtische Dienstleistungsgemeinde einer kleinen oder ausserhalb einer Agglomeration» eingruppiert.

Rüti ist eine Gemeinde am südlichen Rand des Zürcher Oberlands. Die Ortschaft Rüti liegt beim Zusammenfluss von Jona und Schwarz. Die Jona verläuft entlang der Nordgrenze in einem Tobel. Zur Gemeinde gehören die Weiler Weid, Moos, Weier und Fägswil. In der Gemeindetypologie des BFS wird Rüti als «städtische Industriegemeinde einer kleinen oder ausserhalb einer Agglomeration» bezeichnet.

2.2 Bevölkerung

2.2.1 Bevölkerungszahl und -entwicklung

Die drei Projektgemeinden haben insgesamt knapp 27'500 Einwohnerinnen und Einwohner. Rüti hat mit aktuell 12'485 Einwohnerinnen und Einwohner die grösste Bevölkerungszahl und es leben ca. 45% der Bevölkerung aus den Projektgemeinden dort. Bubikon und Dürnten haben beide etwa rund 7'500 Einwohnerinnen und Einwohner (vgl. Tabelle 2).

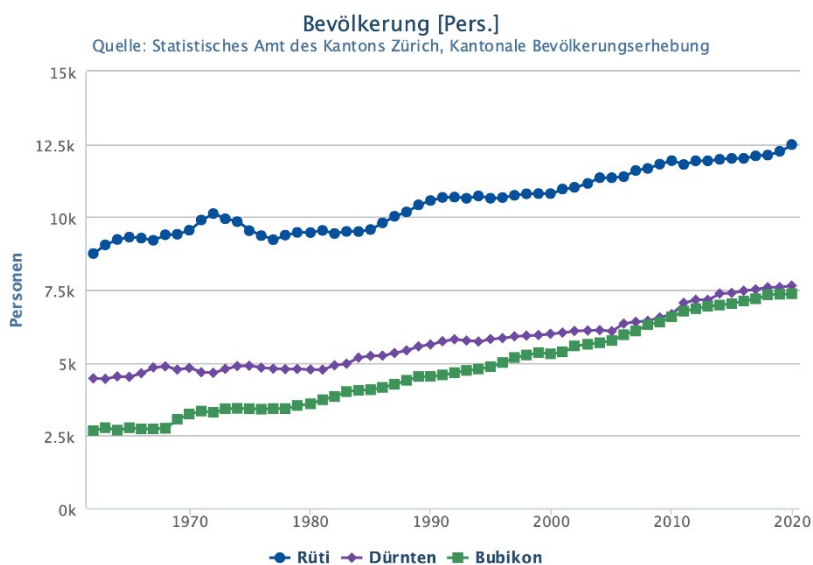
Tabelle 2: Bevölkerungszahl und -entwicklung (Stand: 2020)

Gemeinde	Bevölkerung			Entwicklung der Bevölkerung	
	2020	2010	2000	2000 bis 2010	2010 bis 2020
Bubikon	7'367	6'573	5'302	23.97%	12.08%
Dürnten	7'645	6'665	5'991	11.25%	14.70%
Rüti	12'485	11'934	10'802	10.48%	4.62%
Total Kanton Zürich	1'551'342	1'371'007	1'206'708	13.62%	13.15%

Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich (Kantonale Bevölkerungserhebung) und Bundesamt für Statistik

Die Bevölkerungszahl ist seit dem Jahr 2000 in allen Projektgemeinden kontinuierlich gestiegen. Vor allem in Bubikon gab es einen grossen prozentualen Bevölkerungszuwachs zwischen 2000 und 2010. Abbildung 2 gibt eine Übersicht über die Gemeindegrössen in den letzten 20 Jahren und deren Entwicklungen.

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung (Stand: 2020)



Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

2.2.2 Altersstruktur

Die Altersstruktur der Einwohnerinnen und Einwohner in den drei Projektgemeinden ist recht ähnlich und unterscheidet sich in einigen Punkten markant vom kantonalen Durchschnitt, wobei Rüti viel näher am kantonalen Durchschnitt ist als Bubikon und Dürnten.

Der Anteil Kinder und Jugendliche an der Gesamtbevölkerung ist deutlich höher in Bubikon und Dürnten als in Rüti und dem Kanton. In diesen beiden Gemeinden ist dagegen der Anteil der 20-39jährigen sehr tief. In allen drei Gemeinden ist der Anteil der über 65jährigen sehr hoch, weshalb das Durchschnittsalter in allen drei Gemeinden über dem kantonalen Durchschnitt liegt (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Altersstruktur der drei Gemeinden (Stand: 2020)

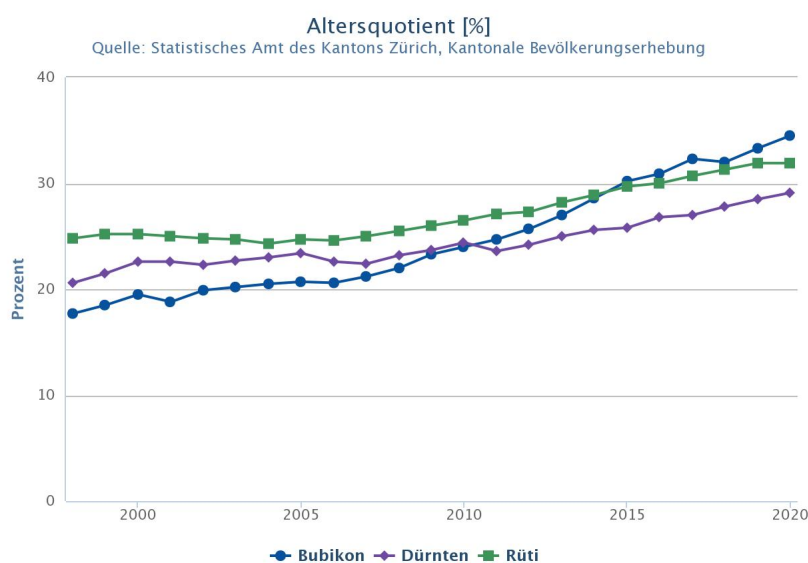
Gemeinde	Bevölkerung: Anteil 0-19-Jährige [%]	Bevölkerung: Anteil 20-39-Jährige [%]	Bevölkerung: Anteil 40-64-Jährige [%]	Bevölkerung: Anteil 65 u.m.-Jährige [%]	Bevölkerung: Durchschnittsalter [Jahre]
Bubikon	22.1	21.3	36.6	20	42.9
Dürnten	21.6	23	37.7	17.7	42.3
Rüti	19.4	26.7	34.4	19.5	42.9
Kanton Zürich	19.7	28.4	34.7	17.1	41.7

Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich (Kantonale Bevölkerungserhebung) und Bundesamt für Statistik

Der Altersquotient gibt das Verhältnis zwischen den über 64-Jährigen und den 20- bis 64-Jährigen an. So beträgt der Altersquotient in Bubikon rund 34% (berechnet aus 20%/57.9%) und ist damit im kantonalen Vergleich sehr hoch (kantonaler Quotient: rund 27%).

Der Altersquotient hat sich in den letzten 20 Jahren in allen drei Projektgemeinden und auch im gesamten Kanton stetig erhöht, besonders stark jedoch in Bubikon und am wenigsten in Dürnten (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Die Entwicklung des Altersquotienten in den drei Gemeinden (Stand: 2020)



Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

2.2.3 Anteil Ausländerinnen und Ausländer an der Wohnbevölkerung

Im Hinblick auf den Anteil der ausländischen Bevölkerung sind einige Unterschiede zwischen den Projektgemeinden zu erkennen. Bubikon hat mit 11.4% einen deutlich geringeren Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung als die anderen Gemeinden, der Kanton Zürich und die gesamte Schweiz. Mit 25.2% hat Rüti einen etwa vergleichbaren Anteil an ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern wie die Schweiz und einen nur knapp geringeren als der Kanton (27.2%). Der Ausländeranteil ist seit dem Jahr 2000 kontinuierlich angestiegen.

Tabelle 4 gibt einen Überblick über den Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Projektgemeinden, dem Kanton Zürich und der gesamten Schweiz.

Tabelle 4: Anteil der ausländischen Bevölkerung (Stand: 2020)

Gemeinde	2020	2015	2010	2005	2000
Bubikon	11.4%	10.8%	10.0%	8.4%	8.4%
Dürnten	18.0%	18.2%	15.2%	15.0%	14.6%
Rüti	25.2%	22.9%	21.4%	20.3%	20.9%
Kanton Zürich	27.2%	26.0%	24.0%	21.9%	21.4%

Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich (Kantonale Bevölkerungserhebung) und Bundesamt für Statistik

2.3 Einkommen und Vermögen natürlicher Personen

In Bezug auf die Einkommens- und Vermögenssituation fällt die Bevölkerung in Bubikon mit etwas höheren Werten im Vergleich zu den anderen Projektgemeinden auf. Trotzdem liegen alle Projektgemeinden unter dem kantonalen Durchschnitt sowohl beim steuerbaren Einkommen als auch bei dem steuerbaren Vermögen. Tabelle 5 gibt einen Überblick über das Einkommen und Vermögen natürlicher Personen in den Projektgemeinden und im Kanton im Jahr 2019.

Tabelle 5: Einkommens- und Vermögenssituation (Stand: 2020)

Gemeinde	Steuerbares Einkommen (nat. Person)		Steuerbares Vermögen (nat. Person)	
	Gesamt (Mio. CHF)	Durchschnitt (CHF)	Gesamt (Mio. CHF)	Durchschnitt (CHF)
Bubikon	290	68'962	1'726	410'000
Dürnten	258	59'899	1'215	282'000
Rüti	411	56'347	1'972	270'000
Total Kanton Zürich		69'303		463'000

Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

2.4 Beschäftigungssituation und -entwicklung

Insgesamt gibt es 10'506 Beschäftigte in den Projektgemeinden, davon knapp 50% in Rüti. Etwas über 65% der Beschäftigten arbeiten im tertiären Sektor (Dienstleistungen¹), jedoch sind bei der Einteilung in die Wirtschaftssektoren einige Unterschiede zwischen den Gemeinden zu erkennen. Auffällig ist, dass in Bubikon 45.0% im sekundären Sektor (verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe/Bau) beschäftigt sind, was deutlich über dem Durchschnitt der Projektgemeinden liegt. Ausserdem sticht der hohe Anteil an Beschäftigten im Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft) in Dürnten hervor. Im Vergleich zum Kanton Zürich fällt auf, dass in den Projektgemeinden ein im Verhältnis geringer Teil im tertiären Sektor und ein hoher Teil im sekundären Sektor arbeitet (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Beschäftigungssituation und -entwicklung (Stand: 2018)

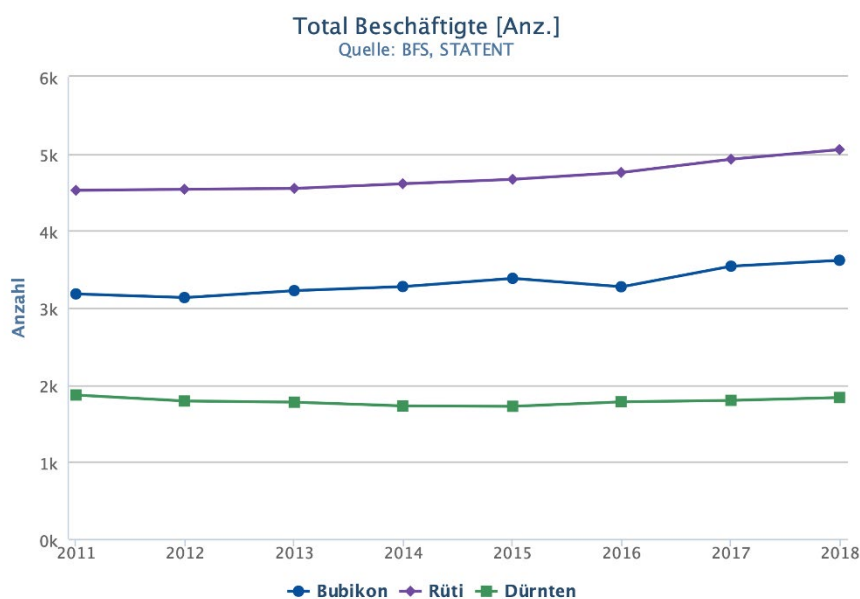
Gemeinde	Beschäftigte 2018				Entwicklung der Beschäftigtenzahl	
	Total	davon in Sektor 1	davon in Sektor 2	davon in Sektor 3	2011 bis 2014	2014 bis 2018
Bubikon	3'617	2.7%	45.0%	52.3%	3.0%	10.4%
Dürnten	1'836	8.1%	18.1%	73.8%	-7.5%	6.3%
Rüti	5'053	1.2%	27.7%	71.2%	1.9%	9.6%
Total Kanton Zürich	1'045'222	1.1%	13.5%	85.4%	3.5%	5.1%

Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Zwischen 2011 und 2014 gab es nur eine sehr geringe Zunahme der Beschäftigtenzahl, wobei sie in Dürnten sogar zurückgegangen ist. Zwischen 2014 und 2018 ist die Beschäftigtenzahl deutlich um 9.6% angestiegen. Abbildung 4 gibt einen Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen und deren Entwicklung.

¹ Gemäss Bfs beinhaltet der Tertiärsektor folgende Branchen: Handel, Instandhaltung/Reparatur, Verkehr/Lagerei, Gastgewerbe/Gastronomie, Information/Kommunikation, Finanz-/Versicherungs-DL, Grundstücks-/Wohnungswesen, weitere DL, öffentliche Verwaltung, Erziehung/Unterricht, Gesundheit, Kunst).

Abbildung 4: Beschäftigungsentwicklung (Stand: 2018)



Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

2.5 Finanzkennzahlen der Gemeinden

Der Steuerfuss der drei Projektgemeinden liegt deutlich über dem kantonalen Durchschnitt. Rüti hat mit 121% den höchsten Steuerfuss. Die drei Projektgemeinden haben im intrakantonalen Vergleich hohe bis sehr hohe Steuerfüsse. Bubikon, Dürnten und Rüti sind in der kantonalen Systematik in der Kategorie «sehr hoher Steuerfuss» eingruppiert (Kategorie IV: 115-130%).

Bei der Steuerkraft pro Kopf hat Bubikon im Nettoertrag den höchsten Betrag unter den Projektgemeinden, dennoch liegt die Steuerkraft unter dem kantonalen Durchschnitt. Diese Unterschiede werden durch den Finanzausgleich bereinigt. Beim zweckfreien Eigenkapital, welches die finanzpolitische Reserve und den Bilanzüberschuss/-fehlbetrag umfasst, sticht Bubikon mit einem sehr niedrigen und Dürnten einem überdurchschnittlich hohen Eigenkapital heraus (vgl. Tabelle 7). Dies liegt jedoch auch daran, dass Dürnten das Gemeindevermögen aufgewertet hat.

Tabelle 7: Finanzkennzahlen der Gemeinden I (Stand: 2019, Steuerfuss: 2021)

Gemeinde	Steuerfuss 2021 (in %)	Steuerkraft / Kopf Nettoertrag (Fr./Einw.)	Eigenkapital (Fr./Einw.)
Bubikon	118	2'909	1'928
Dürnten	115	2'039	10'268
Rüti	121	2'023	5'385
Kanton Zürich		4'248	6'027

Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich, Gemeindefinanzstatistik (GEFIS)

Das Nettovermögen pro Einwohnerinnen und Einwohner wird als Gradmesser für die Verschuldung verwendet, indem der Betrag an Finanzvermögen gezeigt wird, welcher die Schulden übersteigt. Hier zeigt sich, dass im Mittel der Jahre 2010-19 ein Nettovermögen für die Gemeinden Rüti und Dürnten ausgewiesen werden kann, während Bubikon eine Nettoverschuldung aufweist.

Der Kapitaldienstanteil gibt Auskunft darüber, in welchem Ausmass der laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen belastet ist. Ein hoher Kapitaldienstanteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin. Der Kapitaldienstanteil ist im Mittel der Jahre 2010-19 am höchsten in Bubikon, was auch erheblich über dem kantonalen Durchschnitt liegt.

Der Selbstfinanzierungsanteil zeigt den Anteil des laufenden Ertrags, der zur Finanzierung der Investitionen oder zum Abbau von Schulden verwendet werden kann. So lässt sich die Finanzkraft und der finanzielle Spielraum einer Gemeinde beurteilen. Dieser ist am höchsten in Dürnten, das damit auch leicht über dem kantonalen Durchschnitt liegt. Auffallend ist des Weiteren der hohe Selbstfinanzierungsgrad, welcher die Selbstfinanzierung in Prozent der Nettoinvestitionen angibt, von Rüti und Dürnten im Vergleich zu Bubikon und auch im Vergleich zum gesamten Kanton Zürich (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Finanzkennzahlen der Gemeinden II (Stand: 2019)

Gemeinde	Nettovermögen [Fr./Einw.]	Kapitaldienst- anteil (%)	Selbstfinanz- ierungsgrad (%)	Selbstfinanz- ierungsanteil (%)
	Mittelwert 2010-19	Mittelwert 2010-19	Mittelwert 2010-19	Mittelwert 2010-19
Bubikon	-806	7.68	35.62	6.34
Dürnten	2'904	5.48	141.78	11.45
Rüti	947	5.84	123.97	8.49
Kanton Zürich	-2'115	5.74	86.39	9.82

Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich, Gemeindefinanzstatistik (GEFIS)

Der Steuereffuss in Dürnten ist in den letzten Jahren konstant geblieben (vgl. Abbildung 5). Der Steuereffuss in den anderen Projektgemeinden schwankte leicht. In Rüti gab es eine Erhöhung des Steuereffusses in 2016. Seitdem ist er in Rüti am höchsten in den Projektgemeinden. In Bubikon wurde der Steuereffuss zunächst in 2016 gesenkt, jedoch im Jahre 2018 und im Jahr 2021 wieder schrittweise angehoben.

Beim Kapitaldienstanteil ist eine Konvergenz zwischen den Projektgemeinden zu erkennen. In Bubikon war der Kapitaldienstanteil in 1995 noch deutlich höher als in den anderen Projektgemeinden und in Rüti lag er deutlich unter dem Durchschnitt der Projektgemeinden. In 2010 war der Kapitaldienstanteil in den Gemeinden fast identisch, jedoch gab es seitdem in allen Gemeinden wieder leichte Auf- und Abwärtstrends.

Das Nettovermögen bzw. die Nettoschulden der Gemeinden haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Bubikon hatte mit Ausnahme des Zeitraumes 2000 - 2010 immer Nettoschulden, welche letztlich zudem angestiegen sind. Rüti verzeichnete im Verlauf der letzten Jahre mit einigen Schwankungen stets ein Nettovermögen. In Dürnten gab es seit 2005 einen deutlichen Anstieg des Nettovermögens, so dass es heute das höchste Nettovermögen unter den Projektgemeinden aufweist.

Das Eigenkapital ist in Rüti und Dürnten trotz leichten Schwankungen im Durchschnitt in den letzten dreissig Jahren angestiegen. In Dürnten gab es einen drastischen Anstieg nach 2015. In Bubikon ist kein klarer Auf- oder Abwärtstrend erkennbar. In den frühen 2000ern gab es einen leichten Anstieg, jedoch sind seitdem auch wieder Rückgänge verzeichnet worden.

Abbildung 5: Entwicklung der Finanzkennzahlen (Stand: 2019/20)



Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

2.6 Nettoaufwand

Der Nettoaufwand errechnet sich für den jeweiligen Bereich aus dem Bruttoaufwand minus dem Bruttoertrag (der laufenden Rechnung). Er ist ein Indikator für den durch Steuern zu finanzierenden Anteil des betreffenden Aufgabenbereichs. In den Bereichen Bildung, Volkswirtschaft sowie Finanzen und Steuern ist der Nettoaufwand der Projektgemeinden in etwa vergleichbar. In den anderen Aufgabenbereichen sind einige Unterschiede zu erkennen. Beispielsweise hat Rüti im Vergleich zu den anderen Projektgemeinden einen deutlichen höheren Nettoaufwand im Bereich soziale Sicherheit. Ausserdem fällt Bubikon mit einem geringen Nettoaufwand in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit, Umweltschutz und Raumordnung, sowie soziale Sicherheit auf. Abbildung 6 veranschaulicht den Nettoaufwand der Gemeinden in den verschiedenen Aufgabenbereichen.

Abbildung 6. Nettoaufwand nach Verwaltungsbereichen (Stand: 2019)



Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

2.7 Parteienstärke und Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen

Die Wahlbeteiligung in den Projektgemeinden lag bei den letzten Nationalratswahlen 2019 zwischen 40.9% und 49.2%. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den Projektgemeinden ist somit vergleichbar sowohl mit der Wahlbeteiligung im Kanton Zürich als auch in der gesamten Schweiz. Insgesamt ist die Gewichtung der politischen Blöcke (links, Mitte, rechts) in den am Projekt beteiligten Gemeinden vergleichbar. Es ist eine leichte Rechtstendenz in den Projektgemeinden zu erkennen. Die SVP erzielt in den Projektgemeinden im Schnitt 6% mehr als im Kanton Zürich und 7% mehr als in der gesamten Schweiz. Die Stimmenanteile für die SP fallen in allen Projektgemeinden geringer aus als im Kanton und der Schweiz. Auffallend ist ein im Vergleich zur gesamten Schweiz etwas höherer Stimmenanteil für die GLP und die EDU in den Projektgemeinden. Tabelle 9 zeigt eine genaue Übersicht über die Wahlbeteiligung und die Parteienstärke bei den Nationalratswahlen 2019 in den Gemeinden, dem Kanton Zürich und der Schweiz.

Tabelle 9: Ergebnisse Nationalratswahlen 2019

Gemeinde	Wahlbeteiligung (%)	Wahlergebnisse (%)								
		SVP	SP	FDP	GLP	GP	CVP	BDP	EVP	EDU
Bubikon	49.2	31.6	11.5	11.5	13.9	12.5	5.1	2.2	4.4	5.9
Dürnten	44.7	36.4	10.0	10.5	11.5	11.4	7.3	1.7	4.6	5.1
Rüti	40.9	30.1	13.4	9.8	10.6	12.6	10.0	1.7	5.8	4.4
Kanton Zürich	44.4	26.7	17.3	13.7	14.0	14.1	4.4	1.6	3.3	1.6
Schweiz	45.1	25.6	16.8	15.1	7.8	13.2	11.4	2.4	2.1	1.0

Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Die meisten Behördenmitglieder in den drei Gemeinden werden aus den Reihen der Ortsparteien gestellt. Jedoch variiert die Einbindung der Ortsparteien in den politischen Prozess der Gemeinden. Die Zusammensetzung und Parteibindung der aktuellen Mitglieder des Gemeinderates (Stand: August 2021) kann darüber Auskunft geben:

- Bubikon: drei Mitglieder des Gemeinderats sind parteilos (3/8)
- Dürnten: zwei Mitglieder des Gemeinderats sind parteilos (2/7)
- Rüti: alle Mitglieder des Gemeinderats sind einer Partei zugehörig (0/9)

2.8 Wohnortswechsel

Ein Indikator für die soziale Verflechtung der Bevölkerung ist eine Analyse der Zu- und Wegzüge in den Gemeinden. Die drei Projektgemeinden haben alle einen vergleichbaren prozentualen Anteil an Zuzügen zwischen ca. 6-8% zu verzeichnen. Die Wanderungsbilanz der drei Projektgemeinden war in 2017 und 2018 positiv, wobei Bubikon mit +9.3 und +13.9 pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern den grössten Zuwachs aufwies. In 2019 verzeichnete sowohl Bubikon als auch Dürnten eine leicht negative Wanderungsbilanz, während Rüti mit +5.6 pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern weiterhin eine positive Wanderungsbilanz hat. Tabelle 10 gibt einen Überblick über den Wohnortwechsel zwischen den Gemeinden.

Tabelle 10: Zuzüge und Wegzüge

Indikator	Bubikon			Dürnten			Rüti		
	2017	2018	2019	2017	2018	2019	2017	2018	2019
Zuzüge [Pers.]	501	503	446	606	594	534	954	867	967
Zuzüge [%]	7	7	6.1	8.1	7.9	7	7.9	7.2	8
Wegzüge [Pers.]	435	403	463	581	543	568	920	849	899
Wegzüge [%]	6.1	5.6	6.3	7.8	7.2	7.5	7.7	7	7.4
Wanderungsbilanz [Pers.]	66	100	-17	25	51	-34	34	18	68
Wanderungsbilanz [pro 1000 Einw.]	9.3	13.9	-2.3	3.3	6.8	-4.5	2.8	1.5	5.6

2.9 Zuzugs- und Wegzugsbefragungen in Dürnten und Rüti

Das Statistische Amt des Kantons Zürich führt regelmässig in Städten und Gemeinden der Kantone Aargau, St. Gallen, Zug und Zürich eine schriftliche Zuzugs- und Wegzugsbefragung aller Personen ab 18 Jahren durch, die im Jahresverlauf zugezogen oder weggezogen sind. Diese Befragungen ergeben ein gutes Stimmungsbild der Erwartungen bei Zuzug und Wegzug, sind allerdings nicht repräsentativ für die Bevölkerung, da besonders die alteingesessene Bevölkerung nicht befragt wird.

Dürnten nahm bereits mehrmals an dieser Befragung teil, so zum letzten Mal im Jahr 2016 (Statistisches Amt des Kantons Zürich, 2017), Rüti nahm einmal im Jahr 2019 teil (Statistisches Amt des Kantons Zürich, 2020), Bubikon bislang nicht. Das Vorgehen bei diesen Befragungen ist immer gleich. Sämtliche Personen, welche sich im Befragungsjahr zur Niederlassung an- oder abmeldeten, erhielten einen Fragebogen und konnten sich so zu ihren Umzugsgründen, den Gründen für die Wohnortswahl, dem ersten Eindruck von der neuen Wohngemeinde (Zuzug) und ihrem (voraussichtlichen) Verhalten und Engagement in der Gemeinde äussern respektive die Standortfaktoren ihres ehemaligen Wohnorts rückblickend bewerten. Der Fragebogen enthält zu Beginn eine Auswahl von Gründen, welche zum Umzugsentscheid geführt haben. Weiter wurden die Zuzügerinnen und Zuzüger zu den Gründen für die Wohnortswahl und zu ihrem ersten Eindruck von der neuen Wohngemeinde befragt. In der Wegzugsbefragung konnten die gleichen Aspekte rückblickend beurteilt werden. Anschliessend folgt ein Abschnitt, in dem sich die Befragten zu ihrer Einstellung zum Wohnort und zum Integrationswillen beziehungsweise die weggezogenen Personen zu ihrem Engagement rückblickend äussern können.

In der Zuzugs- und Wegzugsbefragung 2016 nahmen insgesamt über 8'100 Personen an der Befragung teil. In Dürnten waren es 149 Zuziehende und 111 Wegziehende. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 28% für die Zuzugsbefragung und 26% für die Wegzugsbefragung. Für die Auswertung der Daten von Dürnten wurde nach den folgenden 4 Ortsteilen unterschieden: Breitenmatt, Dürnten, Oberdürnten und Tann.

Für 39% der zugezogenen Haushalte war Dürnten beim Umzugsentscheid der Wunschwohnort. 70% der weggezogenen Haushalte bezeichneten Dürnten rückblickend als idealen Wohnort. 62% der weggezogenen Haushalte können sich vorstellen, später wieder einmal nach Dürnten zurückzukehren.

Die folgenden Aspekte haben am Wohnort Dürnten besonders gut abgeschnitten:

- geringe Lärmbelastung
- Naturnähe

Diese Aspekte sind Gründe für die Wohnortswahl, welche im Gemeindevergleich überdurchschnittlich häufig eine Rolle gespielt haben, oder gehören zum ersten Eindruck von der Wohngemeinde, der im Gemeindevergleich überdurchschnittlich gut ausgefallen ist. Zudem wurde Dürnten von den Wegziehenden signifikant besser beurteilt als die Durchschnittsgemeinde.

Im Vergleich zum Durchschnitt über alle Gemeinden als Schwächen herausgestellt haben sich in Dürnten insbesondere die folgenden Aspekte:

- Nähe von Einkaufs- und Dienstleistungsangebot
- Anbindung an öffentlichen Verkehr
- Aus- und Weiterbildungsangebot
- akzeptabler Steuerfuss
- Nähe zu Arbeits-/Studienort

In der Zuzugs- und Wegzugsbefragung 2019 nahmen 20 Städte und Gemeinden mit über 10'000 Befragten teil. Insgesamt sind 10'563 Fragebögen eingegangen, welche 8'366 Haushalte repräsentieren. Davon sind 4'753 Haushalte (57%) zugezogen und 3'613 (43%) weggezogen. Die mittlere Rücklaufquote über alle Gemeinden liegt bei 28 Prozent für die Zuzugsbefragung und bei 25 Prozent für die Wegzugsbefragung. In Rüti waren es 146 Zuziehende und 162 Wegziehende. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 22% für die Zuzugsbefragung und 24% für die Wegzugsbefragung.

Die folgenden Aspekte haben am Wohnort Rüti besonders gut abgeschnitten:

- Immobilien (Qualität und Preise)
- Ruhe und Natur

Im Vergleich zum Durchschnitt über alle Gemeinden als Schwächen herausgestellt haben sich in Rüti insbesondere die folgenden Aspekte:

- Nähe von Einkaufs- und Dienstleistungsangebot
- kulturelle und Freizeitangebote
- Sozialstruktur²

Aus den beiden Zuzugs- und Wegzugsbefragungen lässt sich ein Stärken- und Schwächenprofil der beiden Gemeinden ableiten (vgl. dazu auch Tabelle 11):

- **«Stärke»** bedeutet, dass sowohl bei der Zuzugsbefragung als auch für die Wegzugsbefragung die Werte der Gemeinde oberhalb des Mittelwerts der untersuchten Gemeinde abgeschnitten haben. Dürnten und Rüti haben beide die gleichen Stärken, nämlich Ruhe und Natur sowie Immobilienpreise/-qualität. Somit sind die relative Abgeschlossenheit und der ländliche Charakter die grössten Pluspunkte beider Gemeinden.
- **«Schwäche»** meint, dass sowohl bei der Zuzugsbefragung als auch für die Wegzugsbefragung die Werte der Gemeinde unterhalb des Mittelwertes der untersuchten Gemeinde abgeschnitten haben. In beiden Gemeinden werden Bildung und Betreuung sowie Angebote (Freizeit, Kultur, Einkaufen) als Schwächen genannt. Angebote (Freizeit, Kultur, Einkaufen) decken dabei eine Fülle von möglichen Angeboten ab, welche in den Gemeinden existieren. Dies umfasst die Nähe zum Einkaufs- und Dienstleistungsangebot, das Sport- und Freizeitangebot und das Angebot an kulturellen Anlässen. Bildung und Betreuung meint das Betreuungs- und Schulangebot für Kinder. Daneben existieren je nach Gemeinde noch weitere Schwächen. Bei Dürnten sind dies die Verkehrsanbindung sowie Aspekte wie Siedlungsstruktur, Infrastruktur, Sauberkeit und Sicherheit. In Rüti wurde zudem die Sozialstruktur bzw. die Bevölkerungszusammensetzung negativ beurteilt.
- **«Goodie»** bedeutet, dass die Gemeinde in der Wegzugsbefragung überdurchschnittlich, in der Zuzugsbefragung hingegen unterdurchschnittlich abgeschnitten hat. In Dürnten wird die Bevölkerungszusammensetzung als ein Goodie betrachtet, was so beim Zuzug nicht erwartet wird. Gleiches gilt auch für die Verkehrsanbindung von Rüti.
- **«Gefahr»** bedeutet, dass die Gemeinde in der Wegzugsbefragung einen unterdurchschnittlichen, in der Zuzugsbefragung jedoch einen überdurchschnittlichen Wert erzielt hat. In Rüti sind dies vorwiegend allgemeine Aspekte wie Siedlungsstruktur, Infrastruktur, Sauberkeit und Sicherheit, während in Dürnten beim Zuzug höhere Erwartungen bezüglich Engagement und Integration bestehen. Engagement und Integration umfasst wichtigen

² Dieser Faktor beinhaltet mit der Frage nach der Bevölkerungszusammensetzung in Bezug auf Nationalitäten und Kulturen zum einen das soziokulturelle Umfeld in der Wohngemeinde.

Fragen, die das eigene Verhalten und die Identifikation mit der Gemeinde betreffen, wie z.B. das Mitwirken in Vereinen oder einer politischen Partei.

Tabelle 11: Stärken- und Schwächenprofil von Dürnten und Rüti

<p>GOODIE</p> <p>Dürnten (2016)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialstruktur <p>Rüti (2019)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verkehrsanbindung 	<p>STÄRKE</p> <p>Dürnten (2016)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ruhe und Natur • Immobilien (Qualität und Preise) <p>Rüti (2019)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ruhe und Natur • Immobilien (Qualität und Preise)
<p>SCHWÄCHE</p> <p>Dürnten (2016)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Aspekte (Siedlungsstruktur, Infrastruktur, Sauberkeit, Sicherheit) • Angebote (Freizeit, Kultur, Einkaufen) • Verkehrsanbindung • Bildung und Betreuung <p>Rüti (2019)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialstruktur • Angebote (Freizeit, Kultur, Einkaufen) • Bildung und Betreuung 	<p>GEFAHR</p> <p>Dürnten (2016)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Engagement und Integration <p>Rüti (2019)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Aspekte (Siedlungsstruktur, Infrastruktur, Sauberkeit, Sicherheit)

Rüti: Engagement und Integration nicht zuordenbar.

2.10 Verkehrsanbindung der Gemeinden

Die Verkehrsverbindung zwischen den Gemeinden ist eine wesentliche Komponente für die Vernetzung zwischen den Gemeinden und die räumliche Verflechtung der Bevölkerung. Auch kann dies ein ausschlaggebender Faktor für die potentielle Zusammenarbeit unter den Gemeinden sein. Folgendes Kapitel bietet eine Übersicht über die Verkehrsanbindung der Projektgemeinden durch öffentliche Verkehrsmittel und den motorisierten Individualverkehr.

Öffentliche Verkehrsmittel

Zwischen Rüti und Bubikon gibt es eine Bahnverbindung, auf der die S5 und S15 verkehren. Die Fahrzeit zwischen Rüti und Bubikon beträgt mit der Bahn 7 Minuten. Ansonsten sind die Gemeinden mit dem Bus 882 und 870 miteinander verbunden. Zwischen Rüti und Dürnten besteht keine direkte Verbindung, sondern es muss immer in Bubikon oder in Oberdürnten umgestiegen werden. Tabelle 12 gibt eine Übersicht über die kürzeste Fahrzeit zwischen den Gemeinden mit dem öffentlichen Nahverkehr.

Tabelle 12: ÖV-Verbindungen zwischen den Projektgemeinden (Stand: Februar 2021)

Von	Nach		
	Bubikon, Bahnhof	Dürnten, Rothus	Rüti, Bahnhof
Bubikon, Bahnhof		6 min	7 min
Dürnten, Rothus	3 min		17 min
Rüti, Bahnhof	7 min	17 min	

Datenquelle: www.sbb.ch

Motorisierter Individualverkehr

Die Fahrdistanzen zwischen den Gemeinden mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) liegen zwischen 1,9 km und 3,9 km, die Fahrzeiten zwischen 3 min und 8 min. Zwischen Bubikon und Dürnten ist der kürzeste Fahrweg, jedoch ist auch Rüti schnell mit dem MIV erreichbar. In Tabelle 13 wird eine Übersicht über die kürzeste Fahrdistanz und Fahrzeit mit dem MIV gegeben.

Tabelle 13: Motorisierter Individualverkehr (Stand: Februar 2021)

Von	Nach			Nach		
	Bubikon, Bahnhof	Dürnten, Rothus	Rüti, Bahnhof	Bubikon, Bahnhof	Dürnten, Rothus	Rüti, Bahnhof
Bubikon, Bahnhof		1,9 km	3,9 km		3 min	8 min
Dürnten, Rothus	2,1 km		3,5 km	4 min		6 min
Rüti, Bahnhof	3,7 km	3,2 km		7 min	6 min	

Datenquelle: www.google.com/maps

2.11 Freizeit und Konsum

Essentiell für soziale Kontakte und ein gemeinschaftliches Zusammenleben ist die Interaktion in Vereinen. Die Vereinsverzeichnisse und vor allem die überregional organisierten Vereine sind ein Indikator für die soziale Verflechtung der Bevölkerung der Projektgemeinden.

Sport

In den Vereinsregistern der Projektgemeinden sind zahlreiche Sportvereine verzeichnet. Jedoch werden nicht alle Sportarten in jeder Projektgemeinde angeboten, weshalb es naheliegend ist, dass es einen gewissen Austausch zwischen der Bevölkerung der Projektgemeinden in den Sportvereinen gibt. Darüber hinaus gibt es einige überregionale Sportvereine, wie z.B. die „Floorball Riders Rüti-Dürnten-Bubikon“ und auch Sportteams des gesamten Züricher Oberlands, in denen sozialer Austausch stattfinden kann.

Kultur und Musik

In allen drei Projektgemeinden gibt es zahlreiche Vereine, die dem Bereich Musik zuzuordnen sind. Die musikalischen Vereine decken ein breites Spektrum ab: Orchester, diverse Chöre, Gruppen für bestimmte Instrumente und vieles mehr. Über die Zusammensetzung der Mitglieder liegen jedoch

keine Daten vor, weshalb keine klaren Aussagen über die tatsächlichen Interaktionen der Einwohnerinnen und Einwohnern der unterschiedlichen Projektgemeinden in den Vereinen getroffen werden können.

Im Bereich Kultur gibt es ebenfalls zahlreiche Vereine in den Projektgemeinden. Beispielsweise gibt es Vereine im künstlerischen Bereich mit Fokus auf Photographie oder allgemein zur Förderung von Kunst. Darüber hinaus gibt es diverse kulturelle Vereine, welche als Austauschort fungieren, wie z.B. den „Türkisch-Islamischer Verein Rüti“ oder den „Eritreischer Verein“.

Sonstiges

Es gibt es viele weitere Vereine in den Projektgemeinden, unter anderem in den Bereichen Religion, Umwelt und Natur, Soziales, Feuerwehr, Erste Hilfe, Schützen etc.

Konsum

In allen drei Projektgemeinden besteht die Möglichkeit zum Lebensmitteleinkauf. In Rüti gibt es die meisten Supermärkte, unter anderem Coop, Spar, Migros und Denner. Ausserdem gibt es im Zentrum von Rüti an der Bandwiesstrasse ein vielseitiges Shopping-Angebot in den Bereichen Lebensmittel, Gesundheit, Mode, Musik und vielen mehr.

Weitere Einkaufsmöglichkeiten gibt es in der naheliegenden Gemeinde Wetzikon, unter anderem das Einkaufszentrum Oberland Märt, und viele Geschäfte befinden sich ausserdem entlang der Bahnhofstrasse. In Hinwil und Rapperswil-Jona besteht ein breites Einkaufsangebot. Die zahlreichen Geschäfte decken alle Lebensbereiche ab und konkurrenzieren damit das Angebot in den Projektgemeinden.

2.12 Interkommunale Zusammenarbeiten bei öffentlichen Aufgaben

Zwischen den Projektgemeinden und teilweise auch zwischen diesen und einem erweiterten Kreis an Gemeinden bestehen vielfältige interkommunale Zusammenarbeiten (vgl. dazu Tabelle 14):

- Das **Zivilstandsamt Rüti** ist zuständig für die Gemeinden Rüti, Dürnten, Bubikon und Wald ZH. Es ist Anlaufstelle im Zusammenhang mit Geburten, Anerkennungen, Eheschliessungen, eingetragenen Partnerschaften und Todesfällen.
- Das **Betreibungsamt Rüti** ist zuständig für die Gemeinden Rüti, Dürnten und Bubikon. Es ist zuständig für die Durchführung des Betreibungs- und Pfändungsverfahrens, von Arresten und Retentionen, für die Erteilung von Betreibungs- und Rechtsauskünften im Rahmen des SchKG, für die Durchführung von Versteigerungen nach dem Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) sowie für das Führen des Eigentumsvorbehaltsregisters.
- Die **Bibliothek Rüti-Dürnten** ist das zentrale Medienzentrum für die Gemeinden Rüti und Dürnten und damit Teil des kulturellen Lebens in den beiden Gemeinden.
- Der **Zweckverband Schulpsychologischer Beratungsdienst** im Bezirk Hinwil (SPBD) ist eine kinder- und jugendpsychologische Fachstelle, welche Eltern sowie Lehr- und Fachpersonen bei Lern- und Verhaltensschwierigkeiten sowie bei psychischen Problemen von Schülerinnen und Schülern der Volksschule berät. Der SPBD im Bezirk Hinwil hat seit dem 1. März 2021 einen gemeinsamen Standort in Bubikon.
- Die **Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB)** Bezirk Hinwil ist zuständig für die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden Bäretswil, Bubikon, Dürnten, Fischenthal,

Gossau ZH, Grüningen, Hinwil, Rüti ZH, Seegräben, Wald ZH und Wetzikon. Die KESB Hinwil befindet sich im ehemaligen Sulzer Hochhaus direkt beim Bahnhof Rüti.

- Zum **Sicherheitszweckverband Bachtel** haben sich die fünf Gemeinden Bäretswil, Hinwil, Dürnten, Bubikon und Rüti zusammengeschlossen. Innerhalb dieses Verbands erfolgte der Zusammenschluss der einzelnen Zivilschutzorganisationen zur gemeindeübergreifenden Zivilschutzorganisation Bachtel (ZSO Bachtel). Um die Vorgaben des Bevölkerungsschutzgesetzes des Kanton Zürich zu erfüllen, haben die Gemeinden ausserdem einen regionalen Führungsstab eingerichtet.
- **Zweckverband ARA Weidli:** Die Gemeinden Bubikon und Dürnten gründeten einen Zweckverband und bauten 1969 / 1971 die Abwasserreinigungsanlage Weidli. Das Einzugsgebiet umfasst Gebiete der Verbandsgemeinden Bubikon und Dürnten.
- **Anschlussvertrag ARA Gruebensteg:** Die Gemeinde Rüti betreibt im Gruebensteg eine Abwasserreinigungsanlage (ARA) für rund 14'500 Einwohnerinnen und Einwohner. Beteiligt sind die Gemeinden Dürnten und Bubikon.
- Der **Zweckverband Region Zürcher Oberland (RZO)** entstand 2013 aus dem Planungsverband Planungsregion Zürcher Oberland (PZO) und besteht aus 20 Mitgliedsgemeinden mit rund 169'770 Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand 2019). Neben der regionalen Planung bilden die Geschäftsfelder Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Tourismus den Schwerpunkt aller Aktivitäten. In der RZO sind alle drei Projektgemeinden Mitglieder.
- **Zweckverband GESA Betzholz:** Die Schiessanlage Betzholz besteht aus einem Schützenhaus mit Schützenstube. Die gesamte Anlage gehört dem Zweckverband GESA Betzholz. Diesem sind die Gemeinden Bubikon, Dürnten, Hinwil und Rüti angeschlossen.
- **Zweckverband Ehemaliges Kreisspital Rüti ZH:** Das 1875 eröffnete Kreisspital wurde 2000 aus finanziellen und politischen Gründen geschlossen. Das Areal wird heute vielfältig genutzt, insbesondere für die Rekrutierung der Armee. Im ehemaligen Schwesternhaus befinden sich heute Wohnungen. In anderen Räumlichkeiten haben sich verschiedene Geschäfte eingemietet. Dem Zweckverband gehören die Gemeinden Bubikon, Dürnten, Hinwil, Hombrechtikon und Rüti an.
- **Zweckverband Kehrichtverwertung Zürcher Oberland (KEZO):** Die KEZO betreibt in Hinwil eine Kehrichtverwertungsanlage. Sie entsorgt Kehricht, Sperrgut, Sonderabfälle und gewisse Spezialabfälle. Die KEZO ist in 18 von 36 Verbandsgemeinden beauftragt, den Sammeldienst zu organisieren.
- Die öffentlich-rechtliche Genossenschaft **Forstrevier Rüti-Wald-Dürnten** wurde 1972 als Verband der Privatwaldbesitzer gegründet und im Jahr 1990 in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft umgewandelt. Dies mit allen Waldflächen der drei betreffenden Gemeinden, mit Ausnahme des Staats- und Bundeswaldes. Die Gesamtfläche beträgt rund 1000 Hektaren, verteilt auf 620 Eigentümer.
- **GZO Spital Wetzikon:** Das GZO Spital Wetzikon bietet als Akutspital allen Patientinnen und Patienten im Zürcher Oberland rund um die Uhr eine hochstehende medizinische Versorgung. Seine Trägerschaft bilden 12 Aktionärsgemeinden, darunter alle Projektgemeinden.
- **Verein Agglo Obersee:** Im Juli 2009 wurde der Verein Agglo Obersee gegründet, um den stetig wachsenden Herausforderungen im Metropolitanraum Zürich aktiv zu begegnen. Mitglieder sind vier St. Galler, neun Schwyzer und vier Zürcher Gemeinden sowie die Kantone St. Gallen, Schwyz und Zürich.

Tabelle 14: Interkommunale Zusammenarbeit in den Projektgemeinden

	Bubikon	Dürnten	Rüti	weitere Gemeinden
Zivilstandsamt Rüti	x	x	x	x
Betreibungsamt Rüti	x	x	x	
Bibliothek Rüti-Dürnten		x	x	
SPBD	x	x	x	x
KESB	x	x	x	x
SZV Bachtel	x	x	x	x
ARA Weidli	x	x		
ARA Gruebensteg	x	x	x	
RZO	x	x	x	x
GESA Betzholz	x	x	x	x
Kreisspital Rüti ZH	x	x	x	x
KEZO	x	x	x	x
Forstrevier		x	x	x
GZO Spital Wetzikon	x	x	x	x
Agglo Obersee	x	x	x	x

2.13 Entwicklungsziele im Zukunftsbild 2030 des regionalen Richtplans Oberland

Das Zukunftsbild 2030 des regionalen Richtplans Oberland zeigt die angestrebte Raumordnung in den Bereichen Landschaft, Siedlung und Verkehr für den Planungshorizont 2030. Besonders im Bereich der Siedlungsentwicklung werden Gebiete ausgewiesen, die zu mehreren Gemeinden gehören.

In der **Zielbeschreibung Siedlung** wird eine Stärkung der bestehenden polyzentrischen Siedlungsstruktur des Zürcher Oberlands mit den Regionalzentren Uster, Wetzikon, Pfäffikon, Rüti und Hinwil gefordert. Neben der Funktion als Wohnstandorte übernehmen diese Zentren die Rolle als Arbeitsplatz-, Bildungs-, Dienstleistungs- und Versorgungsstandorte für die Region. In untergeordnetem Ausmass wird in Rüti an den mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossenen Lagen eine hohe Dichte angestrebt, ohne jedoch die schutzwürdigen Ortsbilder zu beeinträchtigen. Angrenzend an diese Gebiete sowie an zentralen Lagen wird eine mittlere Dichte angestrebt.

Für Rüti ist eine Stärkung des regionalen Zentrums als Versorgungs-, Dienstleistungs-, Kultur- und Bildungszentrum vorgesehen. In diesen Zentrumsgebieten von kantonaler und regionaler Bedeutung sind verkehrsintensive Einrichtungen grundsätzlich möglich, sofern nachgewiesen wird, dass der dadurch induzierte Verkehr mit den Kapazitäten respektive dem geplanten Kapazitätsausbau von öV und MIV abgestimmt ist.

Arbeitsplatzgebiete

Produktionsbetriebe, welche in der Regel einen hohen Flächenbedarf pro Beschäftigten und demnach eine tiefe Produktivität pro Flächeneinheit aufweisen, geraten im Kanton Zürich unter anderem durch die hohe Nachfrage nach Nutzflächen durch andere, wertschöpfungsstärkere Branchen

unter Druck. Der Erhalt von ausreichend Flächen für die produzierende Industrie und das verarbeitende Gewerbe ist jedoch im Sinne der Arbeitsplatzvielfalt erstrebenswert.

Ziel ist es, die bestehenden industriell-gewerblichen Nutzungen zu schützen und Flächen für Ansiedlungen von Industrie- und Gewerbebetrieben zu sichern. Der regionale Richtplan bezeichnet dazu Arbeitsplatzgebiete, die bezüglich ihrer Grösse und Lage sowie auf Grund der bestehenden Nutzungsstruktur für eine industriell-gewerbliche Nutzung besonders geeignet sind.

In den Projektgemeinden finden sich einige Arbeitsplatzgebiete von besonderer Bedeutung:

- Bubikon/Dürnten, Industriegebiet: Industriell-gewerbliche Nutzung
- Bubikon, Teilgebiet nördlich Dürntnerstrasse: Industriell-gewerbliche Nutzung, Dienstleistung
- Bubikon/Dürnten, Teilgebiet südlich Dürntner- / Kreuzstrasse: Industriell-gewerbliche Nutzung, Dienstleistung
- Dürnten, Lättenmoos: Einkaufsnutzungen, Dienstleistung
- Rüti/Dürnten, Joweid: Industriell-gewerbliche Nutzung, Dienstleistung, Kultur

Mischgebiete

Mischgebiete umfassen Flächen, auf denen ein dichtes Miteinander von Wohnen und Arbeiten vorhanden und erwünscht ist. Die Festlegung eines Mindestanteils an Gewerbe- und Wohnnutzung in Mischzonen unterstützt das Ziel, das Verhältnis zwischen Beschäftigten und Bevölkerung beizubehalten (vgl. Kapitel 2.1). Dienstleistungsnutzungen müssten ansonsten vermehrt in periphere Lagen ausweichen. In Kernzonen in Ortszentren und an gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossenen Lagen ist die Versorgung zu bewahren und zu stärken.

Im regionalen Richtplan Oberland werden folgende Mischgebiete definiert:

- Bubikon, Wolfhausen
- Bubikon, Bahnhof
- Bubikon / Dürnten, Sennweid / Grossriet

Gebiete mit hoher baulicher Dichte

Mit der Bezeichnung hohe bauliche Dichte werden Gebiete an zentralen Lagen bezeichnet, die sehr gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sind.

- Bubikon / Dürnten, Bahnhof
- Rüti / Dürnten

2.14 Organisation der Gemeindeexekutive: IST-Situation

In der Gemeinde Rüti ist die Organisation in neun, in Dürnten in sieben und in Bubikon in acht Ressorts untergliedert, wobei jedem Ressort ein Gemeinderat oder eine Gemeinderätin vorsteht, die an der Urne gewählt werden. Die Projektgemeinden unterscheiden sich etwas im Ressortzuschnitt des Gemeinderats und den zugeordneten Kommissionen und Ausschüssen.

- Dem Ressort **Präsidiales** steht der Gemeindepräsident vor; dieses Ressort findet sich in allen der Gemeinden. Direkt zugeordnet ist auf der Verwaltungsseite die Präsidialabteilung.

- Dem Ressort **Kultur** in Rüti gibt es keine Entsprechungen in den anderen beiden Gemeinden. Auf der Verwaltungsseite existiert auch keine eigene Kulturabteilung. In Dürnten existiert das Ressort Liegenschaften und Kultur, während in Bubikon die Kultur dem Präsidialressort zugeteilt ist. Entsprechende Verwaltungsaufgaben sind meist der Präsidialabteilung zugeordnet.
- Das Ressort **Soziales** gibt es in allen drei Gemeinden, jedoch mit unterschiedlichen Namen und manchmal etwas anderem Zuschnitt (in Rüti ist der Themenbereich Alter dem Gesundheitsressort zugeschlagen worden).
- Die Ressorts **Raumplanung und Bau** sowie **Liegenschaften** sind ebenfalls in allen drei Projektgemeinden anzutreffen, allerdings in unterschiedlichen Formaten.
- Ein Ressort **Energie und Werke** ist auch in allen drei Gemeinden vorhanden.

Bei der Analyse der Ressortstrukturen fällt auf, dass Rüti durch die grössere Anzahl an Ressorts eine klarere und konsistentere Zuteilung der Politikbereiche aufweist. Die Gemeinderäte mit einer geringeren Anzahl Mitglieder weisen dagegen eine etwas heterogene Struktur auf (vgl. Tabelle 15). So ist nicht gleich ersichtlich, wie in Bubikon die Themen im Ressort *Liegenschaften, Sicherheit und Gesellschaft* zusammenhängen. Gleiches gilt auch für das Ressort *Gesundheit und Landschaft*.

Tabelle 15: Ressortzuschnitt in den Projektgemeinden

Rüti	Dürnten	Bubikon
Präsidiales	Präsidiales (inkl. Finanzen und Steuern)	Präsidiales und Kultur
Kultur		
Gesundheit und Alter		Gesundheit und Landschaft
Soziales und Jugend	Gesellschaft	Soziales
Raumplanung und Bau	Hochbau und Raumplanung	Hochbau und Planung
Liegenschaften	Liegenschaften und Kultur	
Natur und Umwelt		
Sicherheit	Schutz und Sicherheit	
Energie und Werke	Infrastruktur	Tiefbau und Werke
	Bildung	Bildung
		Finanzen und Steuern
		Liegenschaften, Sicherheit und Gesellschaft

Alle drei Gemeinden sind ab dem Jahr 2022 Einheitsgemeinden. So fusionieren politische Gemeinde und Schulgemeinde in Rüti zu Jahresbeginn.

2.15 Bewertung der IST-Situation in den Projektgemeinden

Aus der Beschreibung der IST-Situation in den drei Gemeinden lassen sich deren Stärken und Schwächen entweder einzeln oder für alle drei Gemeinden gemeinsam identifizieren.

Im Bereich *Gemeindestruktur und -charakteristika* sind es vor allem die Merkmale aus der Zuzug- und Wegzugsbefragung, die genannt werden müssen. Als Stärke aller drei Gemeinden wird die grosse Nähe zur Natur sowie damit einhergehend die geringe Lärmbelastung gesehen. Zudem

stimmen laut den befragten Personen die Immobilienqualität und -preise, was die Gemeinden vor allem auch bei Familien attraktiv macht. Bei Rüti ist die Verkehrsanbindung gemäss der Zuzug- und Wegzugsbefragung eine Stärke, während sie in Dürnten eine Schwäche darstellt. Die Lage an der Peripherie des Kantons ist eine Schwäche, die sich wegen der Kantonsgrenze bei der Raum- und Verkehrsplanung bemerkbar macht. Die Gemeinden sind zudem segmentiert und bestehen aus verschiedenen auch räumlich getrennten Ortsteilen, die eine starke eigene Identität entwickelt haben. Alle drei Gemeinden haben eine unterschiedliche Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur, die von unterschiedlichen Einflüssen geprägt werden: Dürnten ist landwirtschaftlich und Bubikon gewerblich geprägt. Rüti zeichnet sich durch eine gemischte Prägung durch Gewerbe und Dienstleistungen aus.

Im Bereich *Bevölkerung und Gesellschaft* ist besonders das Bevölkerungswachstum als Stärke hervorzuheben (positiver Wanderungssaldo bei Zu- und Wegzügen), das auch für die Attraktivität der Gemeinden steht. In den Gemeinden ist ein hoher Anteil 0-19jähriger und 40-64jähriger Einwohnerinnen und Einwohnern festzustellen, der in zwei von drei Gemeinden über dem kantonalen Durchschnitt liegt und damit besonders Familien umfasst. Geschätzt wird das intakte Vereinsleben in den Gemeinden, was auch zu einer hohen Identität mit den Teilorten bzw. den Gemeinden geführt haben dürfte. In Dürnten wird die Sozialstruktur als angenehm und passend empfunden; dies im Gegensatz zu Rüti. Bei den Schwächen muss zuerst die Alterung der Bevölkerung genannt werden und der geringe Anteil der 20-39jährigen, der in den Gemeinden Bubikon und Dürnten besonders sichtbar ist. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung liegt in den drei Gemeinden 0,6 bis 1,2 Jahre über dem kantonalen Durchschnitt. Pro Jahr gibt es viele Zuzüge und Wegzüge (jeweils rund 7% der Bevölkerung), weshalb die Sozialstruktur ständig in Bewegung ist. Diese wird zumindest in der Zuzugs- und Wegzugsbefragung in Rüti teilweise als nicht passend empfunden. Probleme der sozialen Integration könnten hier ursächlich sein. Eine weitere Schwäche liegt im geringen Freizeitangebot der Gemeinden. Allerdings ist es nicht überraschend, dass v.a. das abendliche/nächtliche Freizeitangebot in den Bereichen Kino, Bars, Theater etc. in den Gemeinden überschaubar ist (vgl. Tabelle 16).

Im Bereich der *Gemeindeverwaltung und -politik* ist als Stärke die grosse Gemeinsamkeit der drei Gemeinden zu betonen. Die gilt zum einen für die hohe parteipolitische Übereinstimmung zwischen den Gemeinden (bei Nationalratswahlen). Zudem ähnelt sich der Ressortzuschnitt der Exekutive und der Gemeindeverwaltung bei den drei Gemeinden stark. Die Leistungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung ist als gut einzuschätzen (siehe Gemeindemonitoring 2017). Als Schwächen werden in der Zuzug- und Wegzugsbefragung die wenigen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen genannt (besonders die Tagesbetreuung bei Kindern und die fehlenden Angebote zur Erwachsenenbildung fallen hier auf). Eine weitere Schwäche ist, dass der Richtplan Oberland viele Gebiete zur gemeinsamen Entwicklung ausweist und die Gemeinden die Siedlungsentwicklung somit in vielfacher Hinsicht nicht mehr autonom vorantreiben können.

Bei den *Gemeindefinanzen* fällt auf, dass das steuerbare Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen unter dem kantonalen Durchschnitt liegt. Alle drei Gemeinden haben einen hohen bis sehr hohen Steuerfuss und einen relativ geringen Selbstfinanzierungsanteil bei Investitionen. Das bedeutet, dass sich die Gemeinden grössere Investitionen bei steigenden Zinssätzen immer weniger leisten können. Als Stärke kann betrachtet werden, dass jede Gemeinde bestimmte Bereiche mit geringem Nettoaufwand aufweist und somit Einsparpotentiale auch bei den anderen Gemeinden aufzeigt. Auch wenn klar ist, dass dies von der politischen Schwerpunktsetzung abhängig ist und damit auch immer Ausdruck von Bedürfnissen und Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner. Im Bereich der allgemeinen Verwaltung weist Rüti den geringsten Nettoaufwand aus.

Tabelle 16: Stärken und Schwächen der Projektgemeinden

	Stärken	Schwächen
Gemeindestruktur und -charakteristika	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinden zeichnen sich durch eine grosse Nähe zur Natur aus • Geringe Lärmbelastung in den Gemeinden • Gute Immobilienqualität und -preise • Gute Verkehrsanbindung (Rüti) 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinden sind segmentiert und bestehen aus verschiedenen auch räumlich getrennten Ortsteilen • Unterschiedliche Wirtschaftsstruktur: Dürnten ist landwirtschaftlich, Bubikon gewerblich geprägt. In Rüti gibt es sowohl Gewerbe als auch Dienstleistungen. • Ausbaufähige Verkehrsanbindung ÖV (Dürnten) • Lage an der Peripherie des Kantons, Kantonsgrenze erschwert die Koordination in manchen Themenbereichen (z.B. Raumplanung)
Bevölkerung und Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Starkes Bevölkerungswachstum in den letzten 10 Jahren, besonders in Bubikon und Dürnten, • Hoher Anteil 0-19jähriger und 40-64jähriger (→ attraktiv bei Familien) • Positives Wanderungssaldo bei Zu- und Wegzügen • Im Grossen und Ganzen als angenehm empfundene Sozialstruktur (Dürnten) • Hohe Identität mit den (Teil)Orten bzw. den Gemeinden • Intaktes Vereinsleben 	<ul style="list-style-type: none"> • Durchschnittsalter der Bevölkerung über kantonalem Durchschnitt, geringer Anteil von 20-39jährigen • Alterung der Bevölkerung nimmt stark zu • Teilweise als nicht passend empfundene Sozialstruktur in der Gemeinde (Rüti) • Geringes Freizeitangebot (in den Bereichen Kino, Bars, Theater etc.)
Gemeindeverwaltung und Politik	<ul style="list-style-type: none"> • Hohe parteipolitische Übereinstimmung zwischen den Gemeinden • Parteilose/Dorfparteien wichtig für die politische Willensbildung • Gute Leistungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung (Dürnten und Rüti) • Ressortzuschnitt ähnlich in allen drei Gemeinden 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuungseinrichtungen sind zu wenige vorhanden (besonders Tageseinrichtungen für Kinder), ebenso zu wenige Einrichtungen für Erwachsenenbildung • Richtplan Oberland weist viele Gebiete zur gemeinsamen Entwicklung aus (Gemeinden können Siedlungsentwicklung nicht mehr autonom vorantreiben)
Gemeindefinanzen	<ul style="list-style-type: none"> • Geringer Nettoaufwand (pro EinwohnerIn) im Bereich allgemeine Verwaltung (Rüti) • Geringer Nettoaufwand (pro EinwohnerIn), allerdings meist bedingt durch politische Schwerpunktsetzung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Bubikon: Kultur, Sport und Freizeit, Umweltschutz und Raumordnung, soziale Sicherheit ○ Dürnten: soziale Sicherheit, Gesundheit ○ Rüti: Verkehr 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerbares Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen unter dem kantonalen Durchschnitt • Hoher bis sehr hoher Steuerfuss in allen Gemeinden • Geringer Selbstfinanzierungsanteil in Bubikon und Rüti für Investitionen • Hoher Nettoaufwand (pro EinwohnerIn) im Bereich allgemeine Verwaltung (Bubikon, Dürnten) • Hoher Nettoaufwand (pro EinwohnerIn), allerdings meist bedingt durch politische Schwerpunktsetzung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Bubikon: Verkehr, Ordnung und Sicherheit, Gesundheit ○ Dürnten: Kultur, Sport und Freizeit, Umweltschutz und Raumordnung, Verkehr ○ Rüti: Kultur, Sport und Freizeit, Umweltschutz und Raumordnung, soziale Sicherheit, Gesundheit, Ordnung und Sicherheit

3 Chancen und Risiken einer Gemeindefusion

Die nachfolgende Chancen-Risiken-Analyse der Gemeindefusion basiert zu einem grossen Teil auf einer Analyse der vorhandenen Literatur bzw. Studien zu verschiedenen Themenbereichen (Effizienzpotentiale, Milizsystem, Wohlbefinden der Bevölkerung) sowie in eigenständigen Analysen zur politischen Beteiligung im Milizsystem und zu den Kosten von Verwaltungsbereichen. In der Literatur- als auch in der Datenanalyse ist die Gemeindegrösse der zentrale Bezugspunkt. Es galt zu bestimmen, ob die Gemeindegrösse einen positiven oder negativen Effekt auf Kosten, politische Beteiligung, Wohlbefinden, etc. hat. Diese Analysen werden nachfolgend dann zu Chancen und Risiken für eine Gemeindefusion der Gemeinden Bubikon, Dürnten und Rüti zusammengefasst.

3.1 Kosteneffekte von Gemeindefusionen und mögliche Effizienzpotentiale

Der Effekt von Gemeindefusionen auf die Gemeindefinanzen wurde schon in zahlreichen Studien analysiert. In einer internationalen Übersicht über 31 Studien zu den Auswirkungen von Gemeindefusionen auf die ökonomische Leistungsfähigkeit von Gemeinden kommen die Autoren A. Gendźwił et al. zu gemischten Ergebnissen. Es bestehen praktisch bei allen untersuchten Kriterien unterschiedliche Ergebnisse, zum Teil auch bei den gleichen Untersuchungsländern. Im internationalen Vergleich haben Gemeindefusionen keine Auswirkungen auf die Gesamtausgaben der Gemeinde (siehe auch Blesse & Baskaran, 2016; Rösel, 2017). Ebenfalls gemischt fällt der internationale Befund zu den Ausgaben in einzelnen Verwaltungsbereichen aus (Gendźwił et al., 2020).

Im Gegensatz dazu wird ein positiver Effekt auf die Verwaltungsaufwendungen insgesamt gesehen. So verfolgen Gemeindefusionen häufig das erklärte Ziel, die Verwaltungsleistungen aufgrund von Grössenvorteilen günstiger zu erbringen (Lüchinger & Stutzer, 2002). In der Tendenz sinkt der Verwaltungsaufwand pro EinwohnerIn mit zunehmender Gemeindegrösse, allerdings nicht unbedingt linear (Derungs & Fetz, 2020; Fetz & Derungs, 2014). Im Schweizer Kontext sehen Lüchinger und Stutzer keinen Zusammenhang zwischen Gemeindefusion und Verwaltungsaufwand (2002). Ihre Ergebnisse aus der empirischen Untersuchung deuten insgesamt darauf hin, dass mit zunehmender Gemeindegrösse keine zunehmenden Skalenerträge verbunden sind, d.h. dass die Durchschnittskosten bei zunehmender Gemeindegrösse nicht sinken. Ebenfalls keinen Effekt auf die Gemeindefinanzen finden die Studien von Steiner und Kaiser (Steiner & Kaiser, 2017; Studerus, 2016).

Die gemischten Effekte von Gemeindefusionen auf die Gemeindefinanzen könnten jedoch Verschiebungen innerhalb der Ausgabenstruktur verdecken. Steigende Skalenerträge in einigen Teilbereichen der Gemeindehaushalte könnten durch negative Skalenerträge in anderen Bereichen kompensiert werden (Blesse & Rösel, 2017). Studerus findet in ihrer Studie zu 160 Gemeindefusionen in der Schweiz in den Jahren 2001 bis 2014 lediglich eine Abnahme bei den Verwaltungsausgaben im engeren Sinne. Während die Ausgaben in manchen Verwaltungsbereichen wie Bildung, Sicherheit und Kultur tendenziell geringfügig sinken, steigen die Ausgaben in anderen Verwaltungsbereichen wie Gesundheit und Soziales eher geringfügig an (Studerus, 2016). Geringfügige Effizienzpotentiale finden auch die Studie von Steiner und Kaiser in einigen Verwaltungsbereichen (z.B. bei Baugesuchsverfahren, Abwasserentsorgung, Unterstützung Arbeitslose, Ausländerintegration oder öffentliche Gebäude), jedoch sind die Unterschiede zwischen den fusionierten Gemeinden erheblich. In der Tendenz ist daher kein eindeutiger Zusammenhang auszumachen (Steiner & Kaiser, 2017).

Verfechter von Gemeindefusionen verweisen häufig auf mögliche Effizienzgewinne durch Skaleneffekte in den durch die Fusion entstehenden grösseren Gemeinde sowie die damit verbundenen

Kostenvorteile. Durch Gemeindefusionen sollen die Fixkosten in der Bereitstellung der Verwaltungsleistungen senken, sodass auch die Durchschnittskosten der Bereitstellung fallen. Eine höhere Einwohnerzahl würde demzufolge zu sinkenden Pro-Kopf-Ausgaben führen (Blesse & Rösel, 2017). Skaleneffekte werden insbesondere in kapitalintensiven Bereichen wie der Strasseninstandhaltung oder Wasserversorgung vermutet. Zudem wird erwartet, dass sich durch eine zunehmende Arbeitsteilung in der Verwaltung Spezialisierungsvorteile erreichen lassen (Blesse & Rösel, 2017). Auf der anderen Seite gerät jedoch häufig aus dem Blick, dass eine zunehmende Gemeindegrosse auch negative Effekte haben kann, wenn Ballungs- und Transaktionskosten gegenüber Spezialisierungsvorteilen überwiegen. Das könnte insbesondere wegen steigender Kommunikations- und Verhandlungsbedürfnisse in den Fusionsgemeinden der Fall sein oder wegen einer Abnahme der demokratischen Kontrolle. Zusätzlich könnte sich auch das Lohnniveau in der Verwaltung durch eine zusätzliche Hierarchiestufe erhöhen (Blesse & Rösel, 2017). Ein weiterer Effekt, der in grösseren Gemeinden und Städten anzutreffen ist, ist die höhere Erwartungshaltung der Bevölkerung an die Leistungen der Verwaltung.

Insgesamt ist das Zusammenspiel zwischen diesen beiden Effekten – Spezialisierungsvorteile vs. Verwaltungsgrösse – noch unklar. Nachfolgend sollen aus einem standardisierten Datensatz der PublicFinance AG der Zusammenhang für 40 Gemeinden und Städte in der Schweiz dargestellt und Hinweise gegeben werden, in welchen Bereich überhaupt Effizienzpotentiale auszumachen sind.

Im Bereich der Kernverwaltung ergeben sich aus der Modellierung keine umfassenden Effizienzpotentiale, jedoch im Bereich der Finanzverwaltung und auch im Bereich der Verwaltungsliegenschaften. In diesen Verwaltungsbereichen sollte es zu Spezialisierungseffekten kommen. Bei der Feuerwehr und der Polizei sind keine Effizienzpotentiale zu erwarten. Hier scheint die Ausgestaltung des Sicherheitsportfolios entscheidend für die Generierung von Effizienzpotentialen zu sein (vgl. Tabelle 17).

Tabelle 17: Effizienzpotentiale in verschiedenen Verwaltungsbereichen I

Laufende Kosten	Bemerkung	Effekt Einwohnerzahl	Effekt Spezialisierung
Finanzverwaltung	Höhere Einwohnerzahlen sind mit niedrigeren Kosten verbunden, während die Anzahl der Veranlagungen mit höheren Kosten verbunden ist. Der genaue Effekt einer Fusion hängt vom Verhältnis der beiden Faktoren ab.	0	-
Verwaltungsliegenschaften	Höhere Einwohnerzahlen sind mit höheren Kosten verbunden. Grössere Flächen sind hingegen mit niedrigeren Kosten verbunden.	+	-
Feuerwehr	Milizfeuerwehr: praktisch keinen Effekt der Einwohnerzahl auf die Kosten.	0	Nicht erhoben
Polizeil. Aufgaben	Für Gemeinden mit eigener Polizei oder einem Leistungsvertrag mit dem Kanton sind höhere Einwohnerzahlen mit höheren Kosten verbunden. Für Gemeinden, die eine Mischform der beiden Organisationsformen anwenden, sind höhere Einwohnerzahlen jedoch mit geringeren Kosten verbunden.	+/-	Nicht erhoben

In den Bereichen Soziales und Bildung sind ebenfalls kaum Effizienzpotentiale zu erwarten. In einigen Fällen wie den Schulliegenschaften, der Tagesbetreuung oder der Kinderbetreuung ist ein Spezialisierungseffekt zu beobachten, d.h. die Kosten sinken mit steigender Anzahl betreuter Kinder oder verwalteter Flächen. Jedoch wird dieser Effekt durch den gegenteiligen Erwartungs- oder

Komplexitätseffekt wieder kompensiert. Auch in diesen Bereichen nehmen wir an, dass eine steigende Erwartungshaltung für diesen Effekt verantwortlich sein kann (vgl. Tabelle 18).

Tabelle 18: Effizienzpotentiale in verschiedenen Verwaltungsbereichen II

Laufende Kosten	Bemerkung	Effekt Einwohnerzahl	Effekt Spezialisierung
Volksschule	Kosten sinken mit steigender Einwohnerzahl, steigen mit zunehmender Anzahl SchülerInnen.	-	+
Schulliegenschaften	Steigende Einwohnerzahlen sind mit höheren relativen Kosten verbunden. Grössere Flächen der Schulliegenschaften sind mit geringeren Kosten verbunden. Der genaue Effekt hängt vom Verhältnis der beiden Faktoren ab.	+	-
Tagesbetreuung	Höhere Einwohnerzahlen sind mit höheren Kosten verbunden, während die Anzahl der betreuten Schüler mit geringeren Kosten verbunden ist.	+	-
Bibliothek	Steigende Einwohnerzahlen sind mit höheren Kosten verbunden. Die Anzahl der Ausleihen hingegen ist mit niedrigeren Kosten verbunden. Beide Effekte sind relativ schwach.	0	0
Altersheime	Höhere Einwohnerzahlen sind mit höheren Kosten pro Einwohner über 80 verbunden. Die Anzahl der über 80-Jährigen hingegen hat einen negativen Effekt auf die Kosten.	+	-
Ambulante Pflege	Sowohl die Gesamteinwohnerzahl als auch die Anzahl der über 80-Jährigen ist mit höheren Kosten pro Einwohner verbunden.	0	0
Ergänzungsleistungen	Steigende Einwohnerzahlen sind mit höheren Kosten verbunden. Die Anzahl der Ergänzungsleistungsbezüger ist hingegen mit geringen Kosten pro Bezüger verbunden. Beide Effekte sind relativ schwach.	0	0
Sozialhilfe	Höhere Einwohnerzahlen sind mit steigenden Kosten verbunden. Der Effekt ist relativ schwach.	0	0
Kinderbetreuung	Höhere Einwohnerzahlen sind mit steigenden Kosten pro KiTa-Platz verbunden. Die Anzahl der KiTa-Plätze ist jedoch mit sinkenden Kosten verbunden.	+	-
Sozialhilfebezüger	Höhere Einwohnerzahlen sind mit sinkenden Kosten pro Sozialhilfebezüger verbunden. Die Anzahl der Bezüger ist jedoch mit steigenden Kosten verbunden. Beide Effekte sind relativ schwach.	0	0

Auch der Bereich der Gemeindeinfrastruktur birgt nur wenig Effizienzpotential. Anzunehmen ist sogar, dass diese tendenziell eher steigen werden. Grössere Gemeinden haben tendenziell in diesen Bereichen höhere Kosten. Diese hängen jedoch sehr stark von der Ausstattung ab und diese wiederum auch von der Erwartungshaltung der Bevölkerung (vgl. Tabelle 19).

Im Bereich der Gemeindelegislative und -exekutive werden aber noch weitere Skaleneffekte diskutiert (Blesse & Baskaran, 2016; Blesse & Rösel, 2017; Fetz, 2009), die noch bei einer Fusionsentscheidung berücksichtigt werden müssten:

- Es werden über alle Projektgemeinden gesehen weniger Behörden- und Kommissionsmitglieder benötigt
- Es kommt gesamthaft zu einer Reduktion von Sitzungen (inkl. Vor- und Nachbereitung)
- Es gibt gesamthaft weniger Beschlüsse, inkl. weniger Budget- und Jahresabschlüsse
- Es gibt gesamthaft weniger Gemeindeversammlungen (inkl. Vorbereitung)

Tabelle 19: Effizienzpotentiale in verschiedenen Verwaltungsbereichen III

Laufende Kosten	Bemerkung	Effekt Einwohnerzahl	Effekt Spezialisierung
Freizeit	Höhere Einwohnerzahlen sind mit höheren Kosten für die Freizeiteinrichtungen in der Gemeinde pro Einwohner verbunden.	+	
Sport	Steigende Einwohnerzahlen sind mit höheren Nettokosten verbunden. Die Kosten hängen aber wesentlich von der Ausstattung ab.	+	Ausstattung (Eisfeld, Hallenbad, etc.)
Gemeindestrassen	Eine höhere Einwohnerzahl ist mit steigenden Kosten pro Kilometer asphaltierter Gemeindestrasse verbunden. Die Strassenlänge selbst ist jedoch mit geringeren Kosten verbunden. Der Spezialisierungseffekt ist relativ schwach.	+	0
Friedhof	Höhere Einwohnerzahlen sind mit steigenden Kosten pro Grab verbunden. Dieser Effekt ist im Vergleich stärker ausgeprägt für Gemeinden mit eigenem Krematorium. Die Anzahl der Gräber selbst ist jedoch mit sinkenden Kosten verbunden.	+	-

In der Literatur werden unterschiedliche Gründe diskutiert, warum Gemeindefusionen kaum die erhofften Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen haben (Rösel, 2016):

- Potenzielle Effizienzpotentiale, die sich aus Spezialisierungen ergeben, sind stark aufgabenspezifisch. Somit muss eine Vergrösserung von Gemeinden durch Fusionen nicht notwendigerweise in der Hebung dieser Effizienzpotentiale in allen angebotenen Leistungen führen (Blom-Hansen et al., 2016). So können Kostenvorteile in bestimmten kommunalen Aufgaben mit Kostennachteilen in anderen Aufgaben verbunden sein. Eine Systematik ist weder in den Tabellen noch in der Forschung erkennbar.
- In der Forschung wird angenommen, dass es bei den meisten Gemeindeaufgaben in der Verwaltung kaum Skaleneffekte und Effizienzpotentiale gibt (Blesse & Rösel, 2017; Moisiso & Uusitalo, 2013; Rösel, 2016).
- Studien und auch die Ergebnisse der obigen Analyse legen nahe, dass Gemeindeaufgaben eher von Ballungsfaktoren, wie der Gemeindefläche und der Einwohnerdichte, und weniger von der Einwohnerzahl beeinflusst werden, was sich beispielsweise in den Ausgaben für Strassen, öV oder Liegenschaften niederschlägt. Gemeindefusionen haben dann jedoch keine Wirkung, da sich durch die Zusammenlegung von Gemeinden die Siedlungsdichte im Gegensatz zur Einwohnerzahl nicht verändert (Rösel, 2016).
- Gemeinden sind in vielen Aufgabenbereichen nur bedingt fähig, Kosten zu senken, da viele Leistungen nicht von den Gemeinden selbst erbracht werden, sondern durch Einheiten, die nicht zur Kernverwaltung gehören, wie z.B. Schulen, Bibliotheken oder Theater. Wenn eine Gemeindefusion deren Grösse und Einzugsbereich nicht verändert, sind auch keine Kostenvorteile zu erwarten (Blom-Hansen et al., 2016; Rösel, 2016).
- Effizienzpotentiale können laut einiger Studien auch dadurch verhindert werden, dass die Bürger und Bürgerinnen in grösseren Einheiten oft weniger Möglichkeiten haben, die Kosten zu kontrollieren (Crémer et al., 1996; Seabright, 1996).

3.2 Politische Institutionen

3.2.1 Organisation der Gemeindelegislative

Alle drei Projektgemeinden sind als Versammlungsgemeinden organisiert. Bei dieser Organisationsform wird die Legislative durch eine Gemeindeversammlung gebildet. In dieser versammeln sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger meist mehrmals pro Jahr, um über die wichtigsten kommunalen Belange zu beraten und zu entscheiden (Geser et al., 2011; Ladner, 2008). Politische Gemeinden können sich im Kanton Zürich jedoch auch als Parlamentsgemeinden organisieren. In diesem Fall steht ein gewähltes Repräsentativorgan zwischen Exekutive und Verwaltung auf der einen und der Stimmbürgerschaft auf der anderen Seite (Ladner, 2008).

Ob Gemeindeversammlung oder Gemeindeparlament hängt in der Deutschschweiz hauptsächlich von der *Grösse der Gemeinde* ab. Bei Gemeinden mit über 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind bis auf Rapperswil-Jona und Baar alle Gemeinden als Parlamentsgemeinden organisiert (Steiner et al., 2021).

Eine Versammlungsgemeinde ist aus Sicht der Projektgemeinden nicht von vorneherein auszuschliessen. Es kann davon ausgegangen werden, dass das bislang bewährte Modell durch die direkten Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Stimmberechtigten bei einer Fusion der politischen Gemeinden stabilisierend wirken kann (Geser et al., 2011; Ladner, 2008; Steiner et al., 2021). Der Umstieg auf die Institution der Parlamentsgemeinde hätte jedoch ebenso einige Vorteile und Nachteile, die in Tabelle 20 zusammengefasst werden.

Tabelle 20: Vor- und Nachteile der Gemeindetypen

	Versammlungsgemeinde	Parlamentsgemeinde
Vorteile	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgernähe, direktes Stimmungsbild aus der Gemeinde • Direktdemokratische Legitimation der Beschlüsse • Eher konservative Ausgabenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Eher höhere Wahlbeteiligung • Spezialisierung auf Themenfelder eher möglich • Abbildung der Interessen der Gemeinde eher repräsentativ
Nachteile	<ul style="list-style-type: none"> • Tiefe Beteiligungswerte, Werte sinken mit zunehmender Gemeindegrösse • Keine Repräsentativität der Einwohnerinnen und Einwohner (Übervertretung Alteingesessene, höhere Bildung, ältere Personen) • Einseitige Mobilisierung möglich • Sozialer Druck kann freie Meinungsäusserung verhindern 	<ul style="list-style-type: none"> • Rücktritte während der Legislatur • Gewählte, die nur eine Legislatur bleiben • Sachliche Überforderung der ParlamentarierInnen möglich • Grösserer Einfluss der Parteien • Geringeres Interesse an der Gemeindepolitik durch die Bevölkerung

Quelle: Steiner et. al 2021

3.2.2 Organisation der Gemeindeexekutive

Die Projektgemeinden unterscheiden sich geringfügig im Ressortzuschnitt des Gemeinderats und der zugeordneten Kommissionen und Ausschüsse.

Ein Blick auf Städte mit rund 25'000 Einwohnerinnen und Einwohnern ergibt, dass die Ressortaufteilung sehr ähnlich zu Städten vergleichbarer Grösse ist (Tabelle 21). Es besteht somit nicht die Notwendigkeit einer kompletten Reorganisation. Allerdings darf der Aufwand für Detailanpassungen nicht unterschätzt werden.

Tabelle 21: Ressortverteilung Stadtrat bei ausgewählten Städten mit rund 25'000 Einwohnerinnen und Einwohnern

Wetzikon	Dietikon	Wädenswil	Dübendorf
Präsidiales + Kultur	Präsidialabteilung	Präsidiales	Präsidiales
Bevölkerung + Sport			
Finanzen + Immobilien	Finanzabteilung	Finanzen	Finanzen
Bildung + Jugend	Schulabteilung	Schule und Jugend	Bildung
Tiefbau + Energie			Tiefbau
Hochbau + Planung	Hochbauabteilung	Planen und Bauen	Hochbau
Soziales + Alter	Sozialabteilung	Soziales	Soziales
	Sicherheits- und Gesundheitsabteilung	Sicherheit und Gesundheit	Sicherheit
	Infrastrukturabteilung	Werke	
Parlamentsgemeinde			
Gemeinderat:	Gemeinderat:	Gemeinderat:	Gemeinderat:
36 Mitglieder	36 Mitglieder	35 Mitglieder	40 Mitglieder

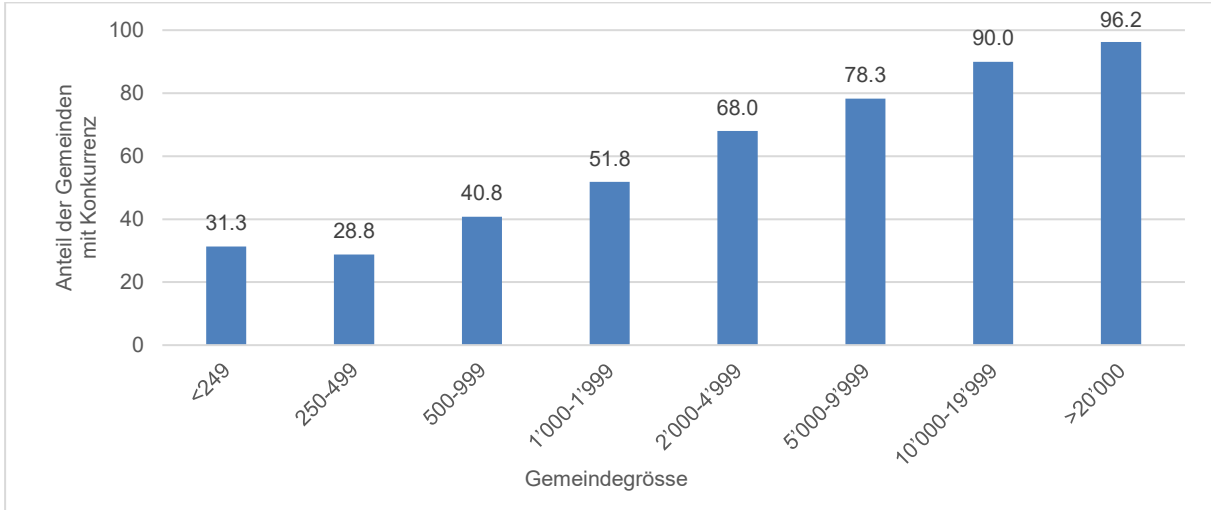
3.3 Politische Mitwirkung und Milizsystem

Aus der Befragung der Gemeindeexekutiven von 2017 in der Schweiz sollen nachfolgend die zentralen Erkenntnisse für das Schweizer Milizsystem zusammengestellt werden (Steiner et al., 2021):

Die Gemeindeexekutiven prägen massgeblich die Politik in den Schweizer Gemeinden. Doch leicht lassen sich Kandidierende für diese Gremien nicht finden. Die Hälfte der Gemeinden gibt in einer schweizweiten Befragung an, mit grossen Herausforderungen bei der Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten konfrontiert zu sein. Dabei ist der Personalbedarf beachtlich: Schweizweit sind 13 000 Exekutivsitze zu besetzen, auch wenn durch Gemeindefusionen die Anzahl innerhalb von zehn Jahren um 2000 gesunken ist.

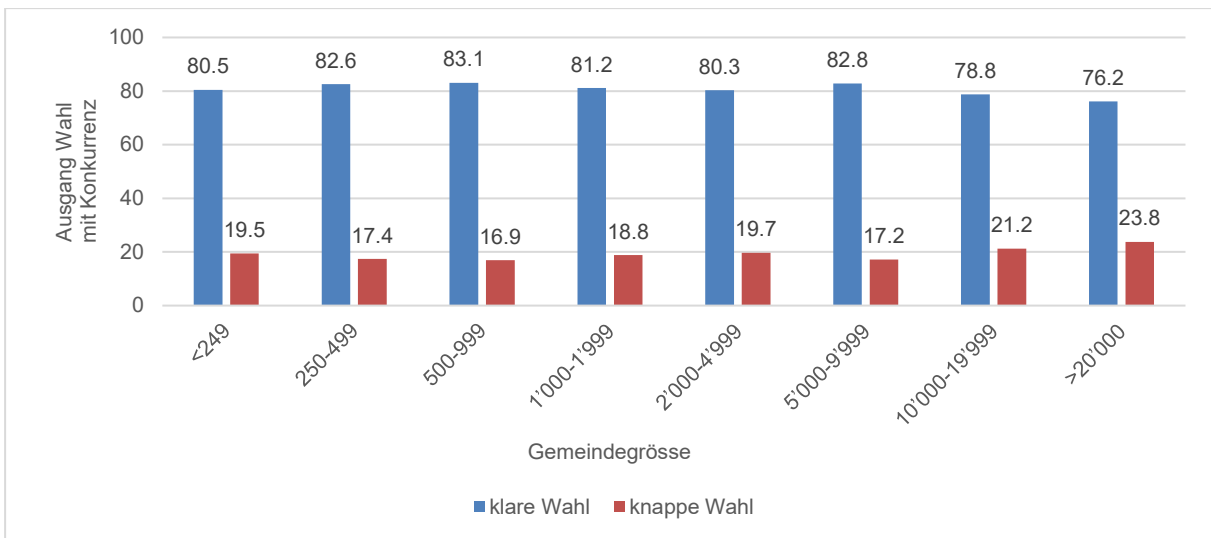
Auswahl für die Stimmberechtigten ist nicht mehr die Regel: Lediglich in drei von fünf Gemeinden finden noch eigentliche Wahlen statt. Generell gilt dabei, dass je kleiner die Gemeinde ist, desto weniger Konkurrenz gibt es bei der Exekutivwahl (siehe Abbildung 7). Nur rund 30% der Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern berichten in der Exekutivbefragung überhaupt von einer Auswahl bei der Wahl. Bei den Gemeinden mit zwischen 1000-1999 Einwohnerinnen und Einwohnern sind es immerhin schon rund die Hälfte der Gemeinden. Praktisch immer eine Auswahl für die Exekutive haben Städte mit über 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Abbildung 7: Notwendigkeit zur Durchsetzung gegen Konkurrenz bei erster Exekutivwahl (Stand 2017)



Jedoch bedeutet eine Auswahl zu haben meist nicht die Qual der Wahl. Selbst bei Exekutivwahlen mit Konkurrenz steht das Ergebnis meist schon vorher fest, und zwar über alle Gemeindegrössen hinweg (siehe Abbildung 8).

Abbildung 8: Wahlausgang als klares bzw. knappes Wahlergebnis bei den Wahlen mit Konkurrenz (Stand 2017)

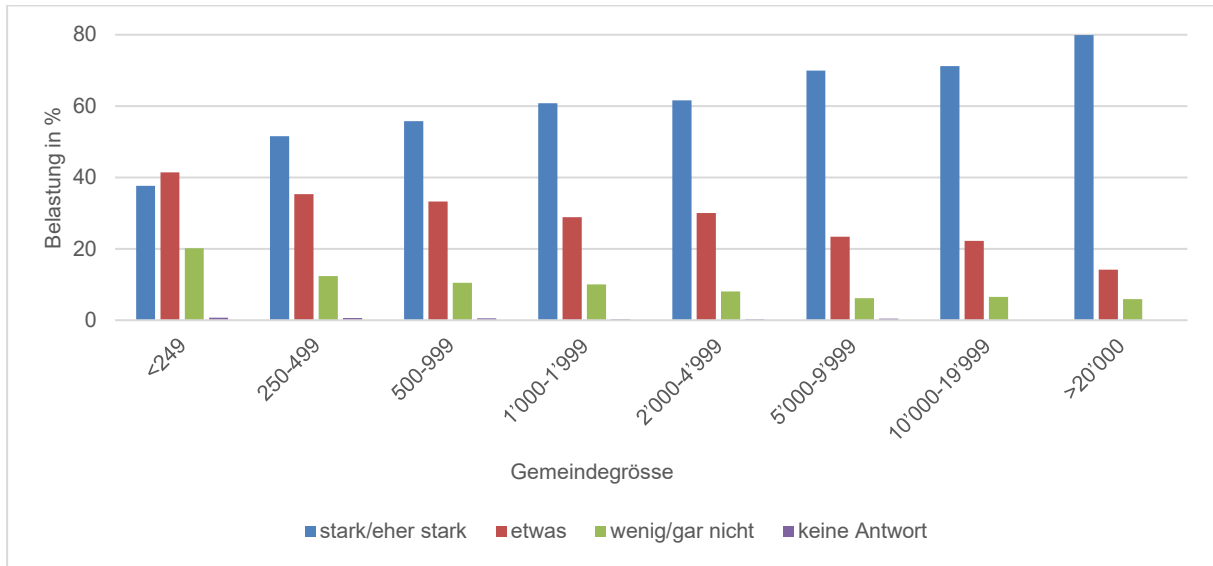


Das Exekutivamt ist mit viel Aufwand verbunden. In der Hälfte der Gemeinden werden ordentliche Sitzungen alle zwei Wochen abgehalten, in einem Drittel wöchentlich. Nur in einer von fünf Gemeinden finden Sitzungen seltener als alle zwei Wochen statt. Die Sitzungsdauer beträgt durchschnittlich etwas mehr als zweieinhalb Stunden.

Der wöchentliche Zeitaufwand beträgt laut Eigenangaben durchschnittlich 12 Stunden, wobei die Gemeindepräsidien mit 19 Wochenstunden im Schnitt deutlich mehr Zeit aufwenden als die übrigen Exekutivmitglieder mit 10 Stunden.

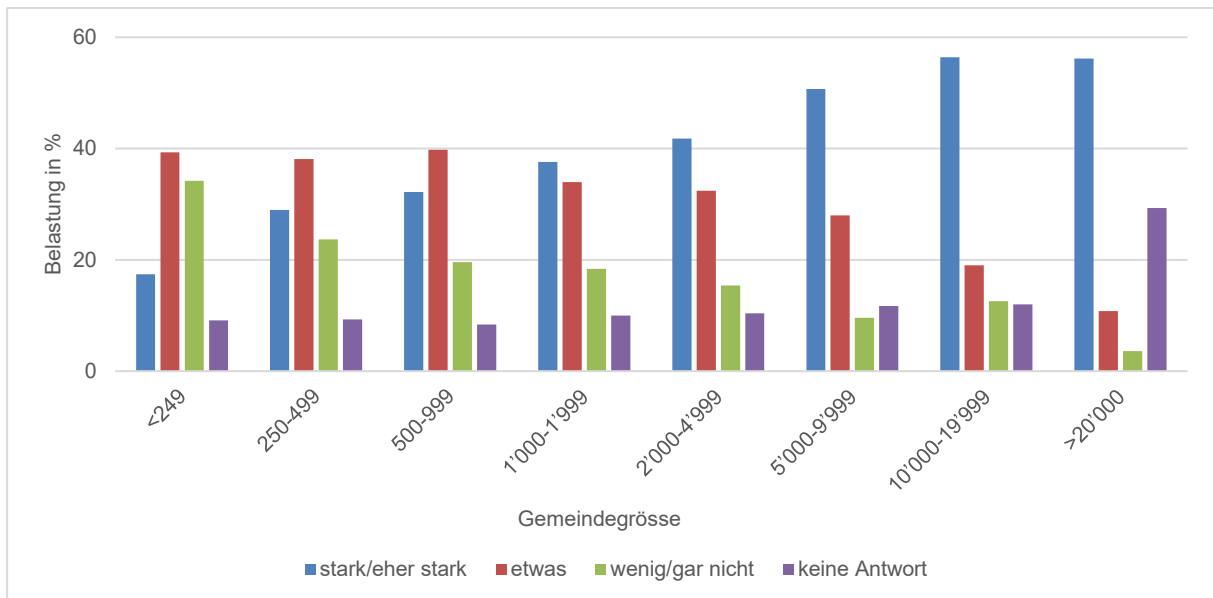
Das zeitliche Engagement führt zu einer Belastung im Privatleben: 61 Prozent der Befragten geben an, dass ihr Privatleben durch das Exekutivamt beeinträchtigt werde. Diese Belastung steigt mit zunehmender Gemeindegrösse (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Belastung durch Exekutivamt: Privatleben (Stand 2017)



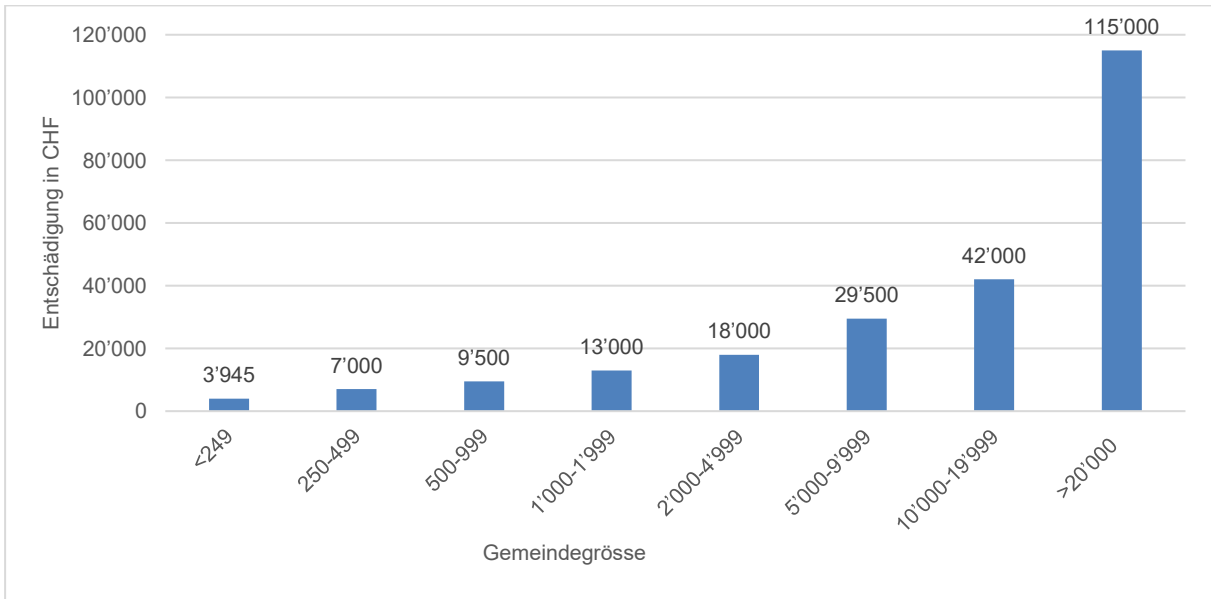
Wenn auch etwas weniger stark als das Privatleben, wird bei 30 Prozent das Berufsleben durch das Exekutivamt belastet. Auch die Belastung im Berufsleben durch das Exekutivamt steigt mit der Gemeindegrösse, jedoch nicht so stark wie die Belastung des Privatlebens (siehe Abbildung 10).

Abbildung 10: Belastung durch Exekutivamt: Berufsleben (Stand 2017)



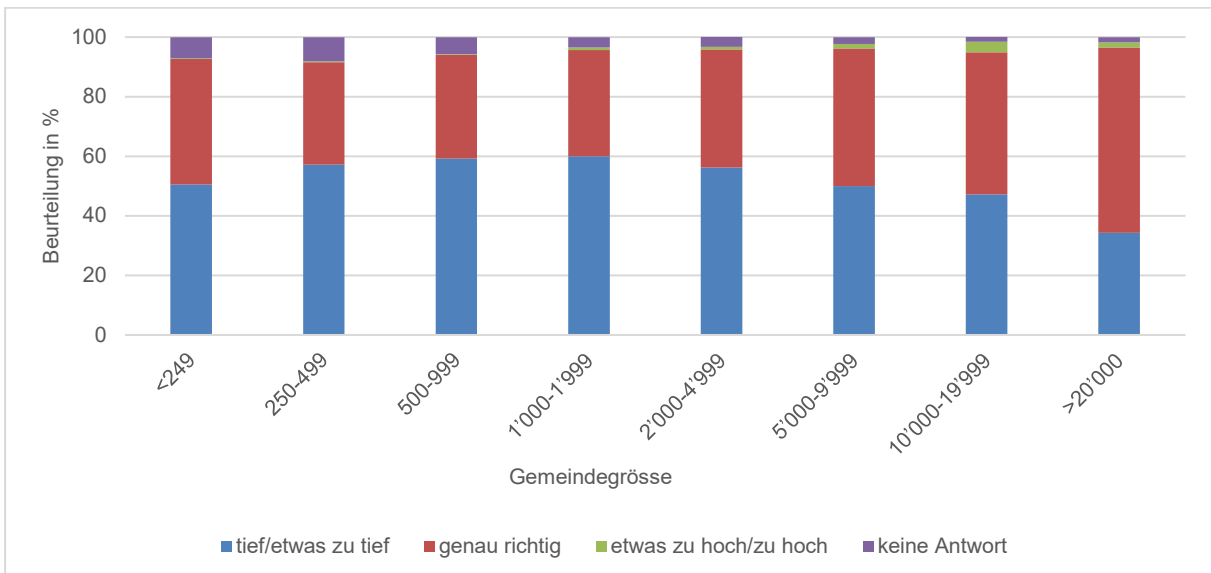
Präsidien werden mit durchschnittlich 28'800 Franken und die übrigen Exekutivmitglieder mit 13'200 Franken entschädigt. Die Höhe der Entschädigung nimmt mit zunehmender Gemeindegrösse deutlich zu. Mit Abstand am meisten beziehen die Exekutivmitglieder in den Städten ab 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern: Dort sind es jährlich durchschnittlich 184'000 Franken für das Präsidium und 105'000 Franken für die übrigen Exekutivmitglieder (siehe Abbildung 11).

Abbildung 11: Entschädigung nach Gemeindegrösse (Stand 2017)



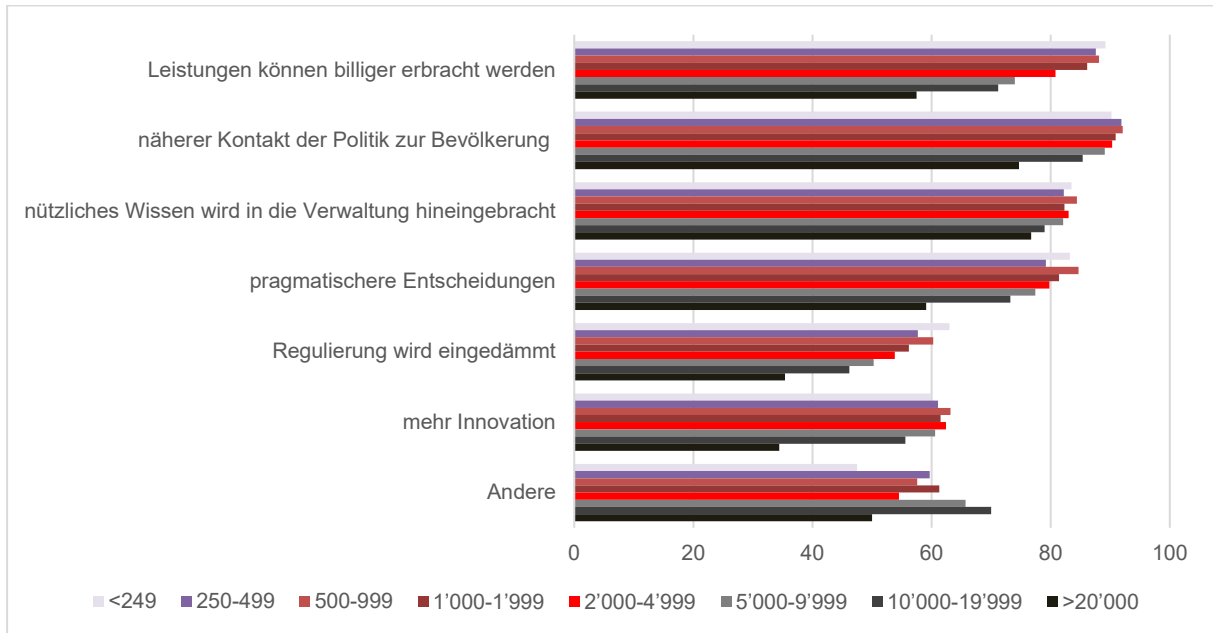
Die Frage, ob diese Entschädigungen angemessen seien, bietet Diskussionsstoff, und deshalb haben in den letzten Jahren zahlreiche Gemeinden die Entschädigungen erhöht. Dennoch wird diese von mehr als der Hälfte der Exekutivmitglieder nach wie vor als zu tief angesehen. Dies trifft besonders auch auf Gemeinden unter 10000 Einwohnern zu. Ab dieser Schwelle ist die Zufriedenheit höher als die Unzufriedenheit mit der Entschädigung. Die Unzufriedenheit steigt bis zur Gemeindegrösse von 2'000 Einwohnern an und sinkt danach wieder (siehe Abbildung 12).

Abbildung 12: Zufriedenheit mit der finanziellen Entschädigung (Stand 2017)



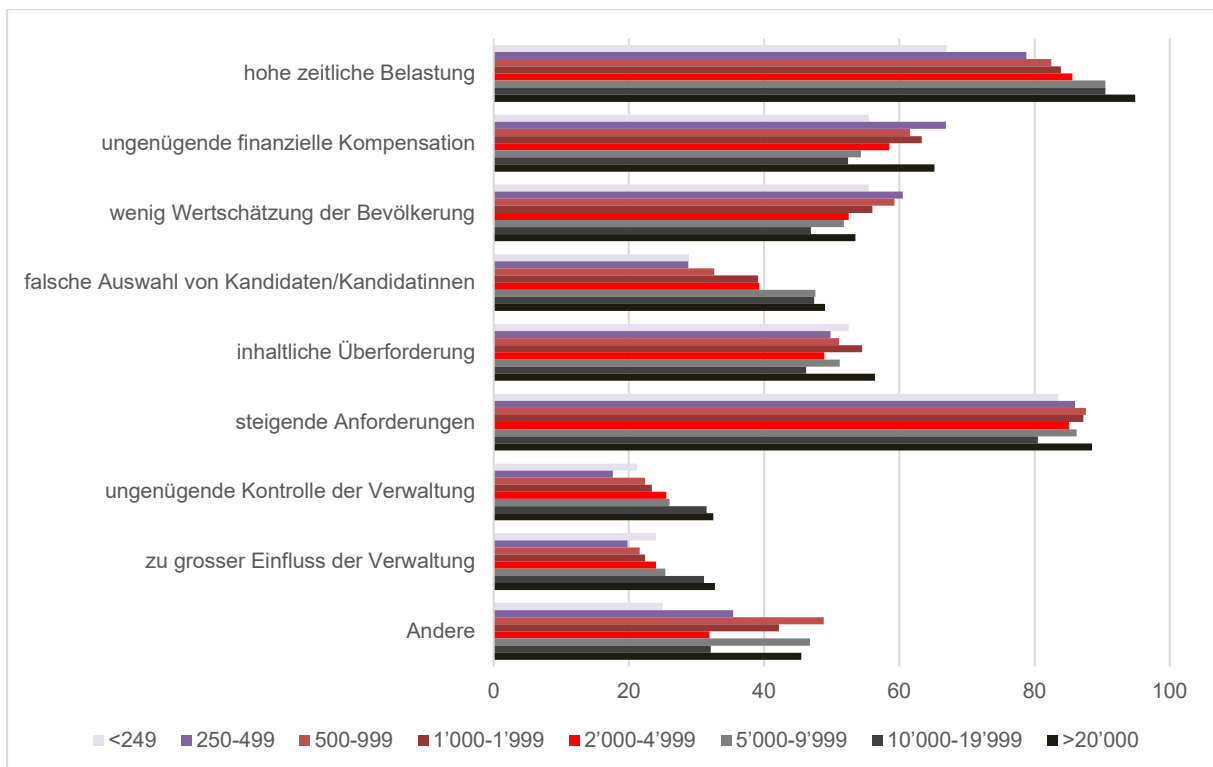
Die Vorteile des Milizsystems werden in der pragmatischen Entscheidungsfindung, im nützlichen Wissen, das in die Verwaltung hineingetragen wird, in der grösseren Nähe der Politik zur Bevölkerung und generell in günstigeren Leistungen gesehen. Weniger wird dem Milizsystem bei den Themen «Regulierung wird eingedämmt» und «mehr Innovation» zugetraut. Insgesamt werden die Vorteile des Milizsystems tendenzielle eher in kleineren Gemeinden gesehen (siehe Abbildung 13).

Abbildung 13: Vorteile des Milizsystems (Stand 2017)



Die Nachteile des Milizsystems werden in der hohen zeitlichen Belastung und in den steigenden Anforderungen verortet. Mit zunehmender Gemeindegrösse rückt die falsche Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten in den Blickpunkt (siehe Abbildung 14).

Abbildung 14: Nachteile des Milizsystems (Stand 2017)



Studien zu den Effekten von Gemeindefusionen auf die lokale Demokratie sind in grösserer Zahl vorhanden. Diese zeigen in der Tendenz einen negativen Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und Gemeindegrösse (Blesse & Rösel, 2017; Tavares, 2018). Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass der Einfluss einer einzelnen Bürgerin und oder eines einzelnen Bürgers in einer grösseren Gemeinde abnimmt. Unterschiedliche Bedürfnisse, Erwartungen und Interessen von Gewerbe und Bevölkerung können daher in einer kleinteiligen Gebietsstruktur mit autonomen Gemeinden besser berücksichtigt werden als in grösseren Einheiten. So vertritt der Gemeinderat einer neuen Fusionsgemeinde tendenziell mehr WählerInnen als die verschiedenen kleineren Gemeinderäte vor der Gemeindefusion (Blesse & Rösel, 2017).

In grösseren Gebietskörperschaften kommt es allerdings nicht nur zu einer Reduktion der Zahl der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, sondern auch zu einem Verlust an Vertrauen und demokratischer Kontrolle in Bezug zur Effektivität der Gemeindeaufgaben. Steiner et al. (2016, 2017) zeigen jedoch, dass zumindest in der Schweiz die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter selbst nicht davon ausgehen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Folge von Gemeindegebietsreformen das Interesse an der Lokalpolitik verlieren (Steiner et al., 2021; Steiner & Kaiser, 2017).

Im Hinblick auf die Wahlbeteiligung zeigen einige Studien einen signifikanten Rückgang der Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen in fusionierten gegenüber nicht-fusionierten Gemeinden nach Gebietsreformen (Blesse & Rösel, 2017; Feld & Fritz, 2015). Auch im Schweizer Kontext scheint dies so zu sein. Koch und Rochat finden, dass in fusionierten Gemeinden in der Schweiz der Rückgang der Wahlbeteiligung signifikant stärker ist als in nicht fusionierten Gemeinden. Ausserdem ist der Effekt ausgeprägter in relativ kleinen Gemeinden. Der Effekt hat eine zeitliche Dimension, d.h. die Wahlbeteiligung sinkt vor allem bei der ersten Wahl nach der ersten Fusion, aber nicht so sehr nach der zweiten oder dritten Wahl. Somit scheint sich der Effekt über die Zeit abzuschwächen (Koch & Rochat, 2017)

Das Milizsystem ist in jüngster Zeit verstärkt unter Kritik geraten, da Milizämter in vielen Gemeinden unbesetzt bleiben oder durch Rücktritte aufgegeben wurden (Kussau et al., 2007; Steiner et al., 2021). Angesichts dieser Entwicklungen wird das Potenzial des Milizsystems zunehmend in Frage gestellt und die Notwendigkeit von Professionalisierung verstärkt diskutiert.

Aus verschiedenen Studien geht hervor, dass bereits seit den 1980er Jahren von Schwierigkeiten der Gemeinden, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für ausgeschriebene Milizämter zu finden, berichtet wird (Geser et al., 2011; Steiner et al., 2021).

Dafür existieren eine Vielzahl von Erklärungsansätzen:

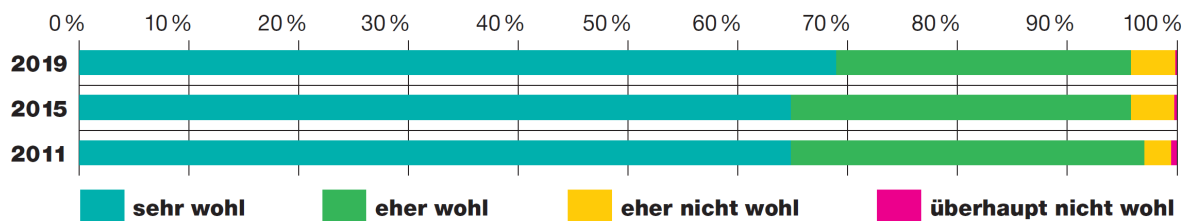
- Spannungen zwischen dem modernen Lebensstil und einem traditionellen Engagement wird als ein Grund genannt (Meuli & Geser, 2011). Gestiegene Anforderungen hinsichtlich Zeit, Einsatz und Leistung stehen im Widerspruch zu individualisierten Lebensstilen, beruflicher Mobilität und individueller Karriereplanung.
- Eine Miliztätigkeit ist häufig inkompatibel mit den Anforderungen in einer modernen, globalisierten Arbeitswelt (Ketterer et al., 2015).
- Eine hohe administrative Belastung und personale Führungsverantwortung im Milizamt gehen mit einer geringeren Zufriedenheit und einem Empfinden des Zeitmangels und -drucks einher (Freitag, 2019).

3.4 Wohlbefinden der Bevölkerung in einer Gemeinde

Das Wohlbefinden der Bevölkerung im Kanton Zürich wird regelmässig alle vier Jahre in einer Befragung zum Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht erhoben. Der letzte Bericht erschien im Frühjahr 2021 (Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021). Die Bevölkerungsbefragung wird durch das Statistische Amt des Kantons Zürich in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeamt durchgeführt und hat zum Ziel, die Wahrnehmung und die Erwartung der Bevölkerung an die Gemeinden zu erheben. Die Umfrage 2019 (für den Bericht 2021) ging an 2985 repräsentativ ausgewählte Personen, von denen 45 Prozent an der schriftlichen Befragung teilgenommen haben.

Der Anteil der Bevölkerung, der sich in seiner Wohngemeinde wohlfühlt, ist seit Jahren sehr hoch und beträgt aktuell 97 Prozent (Abbildung 15).

Abbildung 15: Wohlbefinden am Wohnort



Quelle: Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021

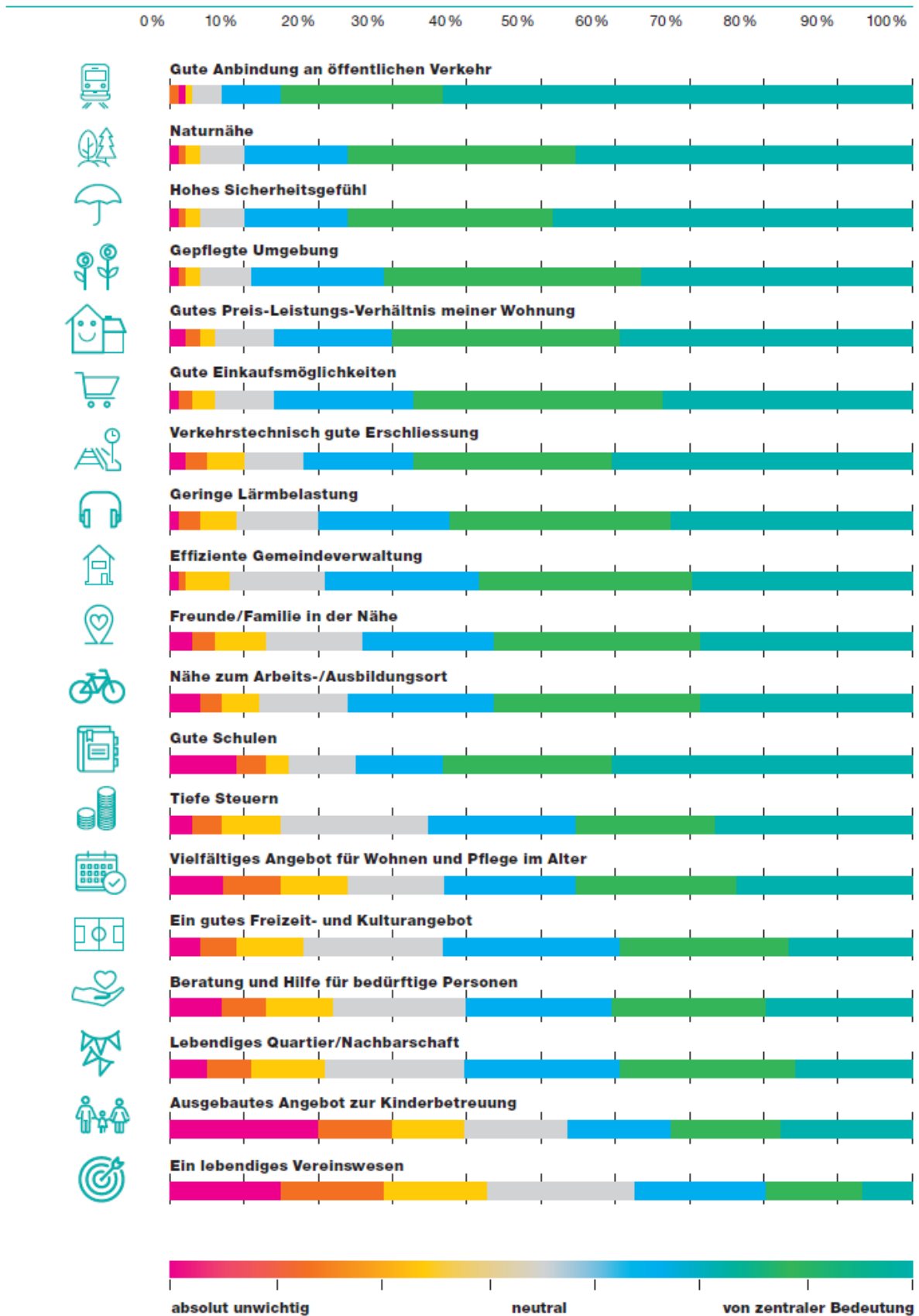
In der Bevölkerungsumfrage wurde weitergehend auch nach der Wichtigkeit von verschiedenen Aspekten gefragt, die für das Wohlbefinden in der Wohngemeinde relevant sind.

Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr wird von den befragten Personen mit grossem Abstand als zentral für das Wohlbefinden beurteilt, gefolgt von Naturnähe und einem hohen Sicherheitsgefühl. Ebenfalls als sehr wichtig erachten die befragten Personen eine gepflegte Umgebung, ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis der Wohnung, gute Einkaufsmöglichkeiten und geringe Lärmbelastung. Diesen Faktoren ist gemeinsam, dass nur sehr wenige befragte Personen diese als «unwichtig» einstufen und diese Faktoren überwiegend einen privaten Nutzen abbilden, der sich für die antwortenden Personen aus der Wohngemeinde ergibt (Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021).

Am unteren Ende der Bewertung rangieren ein lebendiges Vereinswesen, Angebote zur Kinderbetreuung, ein lebendiges Quartier/Nachbarschaft, Beratung und Hilfsangebote für Bedürftige, ein gutes Freizeit- und Kulturangebot sowie Wohn- und Pflegeangebote für ältere Menschen. Diesen Faktoren ist gemeinsam, dass sie überwiegend einen gesellschaftlichen Nutzen abbilden (Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021).

Aus der Befragung geht hervor, dass für das Wohlbefinden der Bevölkerung viele Bereiche wichtig sind, die eher auf einen privaten Nutzen abzielen, auf welche die Gemeindepolitik nur beschränkt oder indirekt Einfluss nehmen kann (vgl. Abbildung 16). Dazu gehören etwa Naturnähe, eine gepflegte Umgebung, das Preis-Leistungs-Verhältnis der Wohnung oder die Einkaufsmöglichkeiten. Andere, eher gesellschaftliche Bereiche wie Schulen, Einrichtungen für das Alter, Beratungsangebote, Kultur und Freizeit, welche die Gemeinden weitgehend direkt steuern können, rangieren weiter hinten (Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021).

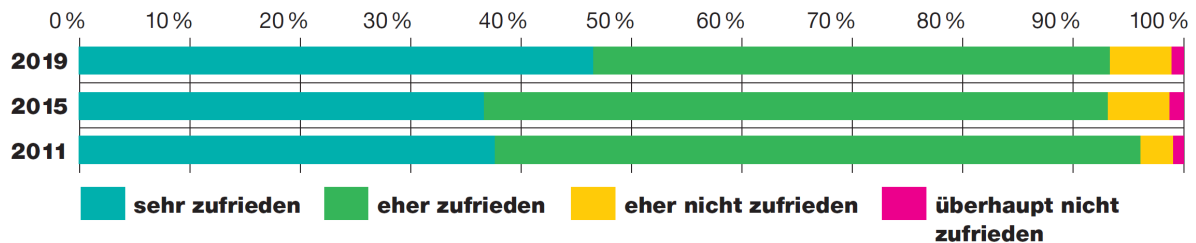
Abbildung 16: Einflussfaktoren auf das Wohlbefinden



Quelle: Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021

Im Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2021 wurde auch nach der Zufriedenheit mit den Dienstleistungen der Gemeinde bzw. der Gemeindeverwaltung gefragt (vgl. Abbildung 17). Die Zürcher Bevölkerung fühlt sich mit dem Leistungsangebot ihrer Gemeinde «sehr zufrieden» oder «eher zufrieden». Die Zustimmungsrate beträgt über 90% (Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021).

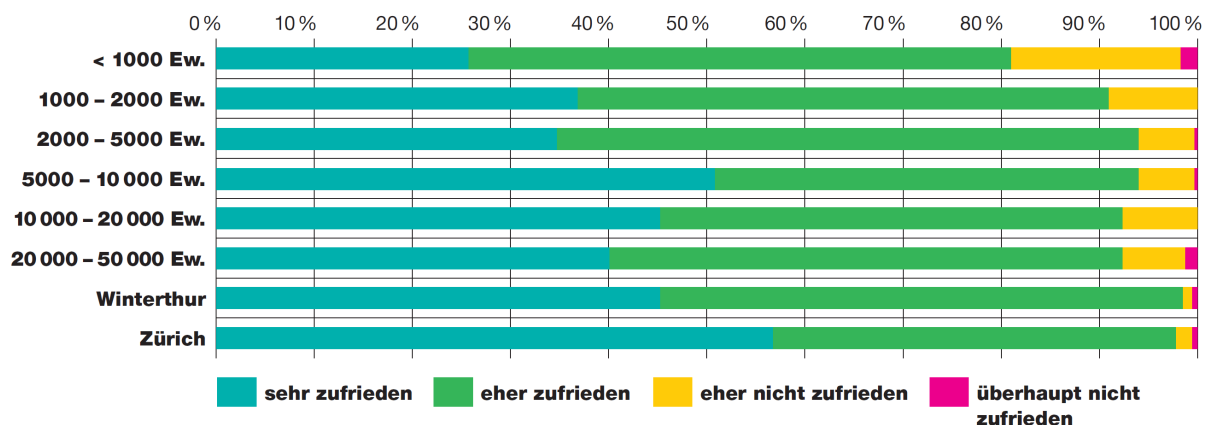
Abbildung 17: Zufriedenheit mit den Dienstleistungen der Wohngemeinde



Quelle: Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021

Die Gemeindegrösse hat dabei einen Einfluss auf die Zufriedenheit. Am höchsten sind die Zufriedenheitswerte für mittelgrosse Gemeinden, während sie besonders bei Kleinstgemeinden mit weniger als 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich tiefer liegt, wenngleich immer noch auf einem beachtlichen Niveau (vgl. Abbildung 18) (Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021).

Abbildung 18: Zufriedenheit mit den Dienstleistungen nach Einwohnerzahl



Quelle: Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021

Die Wichtigkeit von Aufgaben und die Zufriedenheit mit ihrer Erfüllung hängen gemäss des Gemeinde- und Wirksamkeitsberichts 2021 eng zusammen und werden dementsprechend kombiniert und in einem Erfüllungsindex statistisch berechnet (Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021):

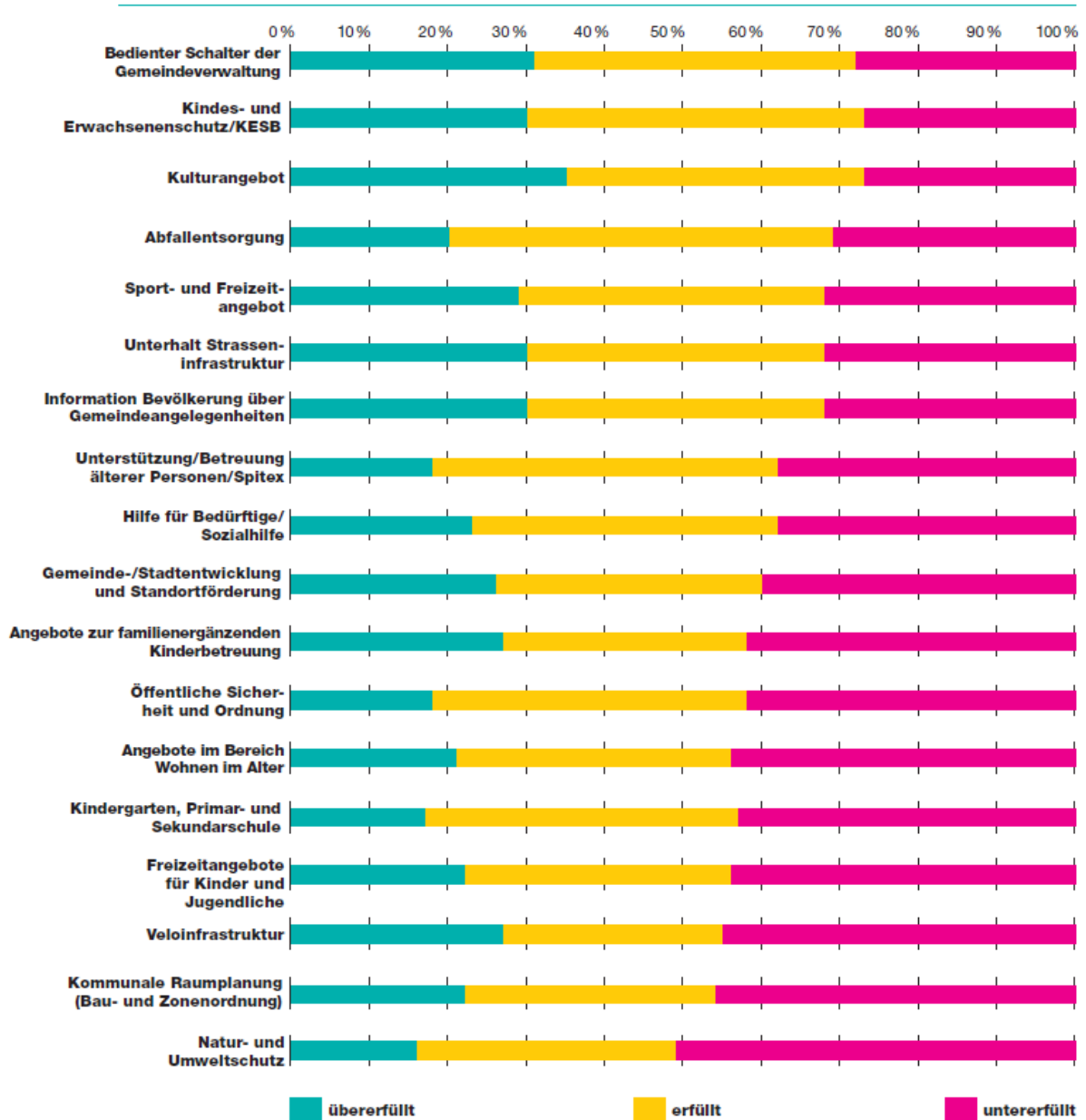
«Wenn die Einschätzung der Zufriedenheit und der Wichtigkeit übereinstimmen, wird eine Aufgabe «ideal erfüllt». Ist die Aufgabe wichtiger als die Zufriedenheit mit ihrer Erfüllung, resultiert eine «Untererfüllung». Wird eine Aufgabe zur Zufriedenheit der Bevölkerung erfüllt, ihre Wichtigkeit aber als nicht besonders hoch eingeschätzt, ergibt sich eine «Übererfüllung».»

Bei den meisten Aufgaben stimmen die Wichtigkeit und die Zufriedenheit überein. Handlungsbedarf besteht bei der Raumplanung, Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche sowie bei der

Veloinfrastruktur und dem Natur- und Umweltschutz. Es handelt sich dabei um diejenigen Aufgaben mit den höchsten Anteilen bei der Antwortkategorie "untererfüllt".

Tendenziell übererfüllt sind lediglich das Kulturangebot, die KESB und der bediente Schalter in der Gemeindeverwaltung (vgl. Abbildung 19).

Abbildung 19: Zusammenhang zwischen Wichtigkeit einzelner Dienstleistungen und der Zufriedenheit



Quelle: Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021

Abbildung 20: Potentiale der Auslagerung von Aufgaben



* Die Veränderung von 2015 zu 2019 ist statistisch signifikant, das heisst erheblich.

Quelle: Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021

Einige Gemeinden sind nicht mehr in der Lage ihre Aufgaben vollumfänglich selbstständig zu erfüllen. Aus diesem Grund lagern diese Gemeinden Aufgaben teilweise oder vollständig an öffentliche oder private Dritte aus. Die interkommunale Zusammenarbeit wird mit Anschlussverträgen, Zweckverbänden, interkommunalen Anstalten und privaten Organisationen umgesetzt (vgl. Abbildung 20).

Die Leistung nicht mehr zu beziehen, ist für die meisten befragten Personen keine Option. Dagegen ist die Bereitschaft gestiegen, dass die Leistungen von einer Nachbargemeinde bzw. zusammen mit anderen Gemeinden in einem Zweckverband oder einer Anstalt erbracht werden. Eher positiv ist die Haltung gegenüber Gemeindefusionen.

Diese Bereitschaft, Leistungen auch von einer Nachbargemeinde zu beziehen, scheint jedoch stark abhängig vom Alter der befragten Person zu sein (Regierungsrat des Kantons Zürich, 2021):

«Die Bereitschaft zum Bezug von Dienstleistungen in den Nachbargemeinden ist bei den unter 65-Jährigen mit über 80 Prozent sehr gross. Deutlich geringer ist die Bereitschaft aber in der Altersgruppe der über 65-Jährigen, von denen sich das 30 Prozent gar nicht vorstellen können».

3.5 Chancen und Risiken der Gemeindefusion

Die vorgängigen Analysen können mit Hilfe der Gütekriterien, die hier nochmals in Kürze ausgeführt werden, zu einer Chancen-Risiken Analyse der vorliegend geprüften Gemeindefusion zusammengefasst werden (vgl. auch Tabelle 22).

Politische Steuerbarkeit: Bei diesem Gütekriterium geht es darum, in welchem Ausmass die Gemeinden die Möglichkeit haben, die politische Steuerung wahrzunehmen. Auch die Autonomie einer Gemeinde soll hier mitberücksichtigt werden. Chancen ergeben sich für eine Gemeindefusion der drei Gemeinden durch die weitgehend identischen Stärken und Schwächen. Dadurch sind die Interessen ähnlich gelagert und können gezielt angegangen werden. Probleme und mögliche Lösungen sollten folglich von der Bevölkerung und der Exekutive ähnlich bewertet werden. Eine weitere Chance einer Fusion liegt darin, dass die Siedlungsstruktur einheitlich und integriert geplant werden könnte. Die geteilten Zuständigkeiten bei der Entwicklung der Gebiete im Richtplan Oberland könnten aufgehoben werden. Risiken für die Führbarkeit ergeben sich durch höhere Anforderungen an die Behördenmitglieder bezüglich Kompetenzen, was zu einer höheren Personalfuktuation bei den Behörden und Kommissionen führen könnte, was wiederum negative Konsequenzen für die politische Steuerbarkeit hätte. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die neue Gemeinde, bzw. eventuell deren neuer Name oder das neue Wappen, von Teilen der Bevölkerung nicht akzeptiert werden könnte.

Koordination und Führbarkeit: Bei diesem Kriterium geht es um eine zielbezogene Führbarkeit der Organisation sowie um die Begrenzung des Koordinationsaufwandes bei der Erledigung der Verwaltungsaufgaben. Tendenziell nimmt die Führbarkeit bei grösseren Gemeinden ab und zusätzliche Stäbe oder Führungsunterstützungssysteme müssten aufgebaut werden. Erwartbar sind allgemein höhere Koordinationskosten bei einer fusionierten Gemeinde (aber nicht unbedingt höhere Gesamtkosten → Spezialisierung). Durch die Vergrösserung der Verwaltung müsste möglicherweise eine weitere Hierarchieebene in das Organigramm eingezogen werden, was mit höheren Kosten verbunden wäre. Verbessern würde sich die Koordination von gemeindeübergreifenden Themen (z.B. Siedlungsentwicklung), da nicht mehr drei Gemeinden in den politischen Prozess integriert werden müssten (→ politische Steuerbarkeit).

Tabelle 22: Chancen und Risiken der Gemeindefusion – Dimension der Befähiger

	Chancen einer Gemeindefusion	Risiken einer Gemeindefusion
Politische Steuerbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Da die Gemeinden über weitgehend dieselben Stärken und Schwächen verfügen, sind die Interessen ähnlich gelagert und können gezielt angegangen werden • Die Raumplanung (Siedlung, Verkehr, Versorgung, Entsorgung etc.) könnte einheitlich und integriert geplant werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Hohe Anforderungen an die Behördenmitglieder bezüglich Kompetenzen bei einer grösseren Gemeinde • Die neue Gemeinde, bzw. eventuell deren neuer Name oder das neue Wappen, könnten von der Bevölkerung in grossen Teilen nicht akzeptiert werden
Koordination und Führbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Verbessern würde sich die Koordination von gemeindeübergreifenden Themen (z.B. Siedlungsentwicklung) 	<ul style="list-style-type: none"> • Durch die Vergrösserung der Verwaltung müsste möglicherweise eine weitere Hierarchieebene in das Organigramm eingezeichnet werden, was mit höheren Kosten verbunden wäre • Erwartbar sind allgemein höhere Koordinationskosten bei einer grösseren Gemeinde (nicht unbedingt höhere Gesamtkosten)
Politische Mitwirkung	<ul style="list-style-type: none"> • Einfachere Rekrutierung und grössere Auswahl an Kandidierenden bei Behörden und Kommissionen aufgrund der grösseren Bevölkerungszahl und höherer Entschädigung zu erwarten • Grössere Zufriedenheit mit der finanziellen Entschädigung 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Identifikation mit der fusionierten Gemeinde könnte abnehmen • Die Wahlbeteiligung könnte (zumindest in den ersten Jahren nach der Fusion) zurückgehen • Belastung durch das Exekutivamt könnte zunehmen • Parteilose/Dorfparteien verlieren an Einfluss
Anpassungsfähigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Herausforderungen (z.B. Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen) sollten leichter ohne grundlegende Organisationsänderungen in der Verwaltung umgesetzt werden können 	
Stellvertretungen	<ul style="list-style-type: none"> • Durch eine grössere Gemeindeverwaltung können Personalfuktuation und Absenzen besser aufgefangen werden 	
Spezialisierung / Professionalität	<ul style="list-style-type: none"> • Eine erleichterte Rekrutierung von qualifiziertem Personal durch höhere Attraktivität für gute StellenbewerberInnen • Eine grössere Verwaltung hätte mehr Möglichkeiten zur Qualitätsverbesserung • Eine Spezialisierung bietet auch Möglichkeiten der Kostenreduktion (siehe Effizienzpotentiale) • Eine grössere Verwaltung würde den Mitarbeitenden mehr Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in fachlicher Hinsicht und zu Leitungsstellen bieten 	<ul style="list-style-type: none"> • Es könnte durch eine höhere Professionalisierung auch zu höheren Kosten kommen
Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)	<ul style="list-style-type: none"> • Einige interkommunale Zusammenarbeiten (z.B. manche Zweckverbände) könnten wieder in die Gemeindeorganisation überführt werden, was die Abstimmungszeit verkürzen und auch die Gemeindeautonomie stärken würde 	

Politische Mitwirkung: Die Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten für Behörden, Kommissionen und Ausschüsse in der Gemeindeexekutive und deren Auswahl in einem politischen Verfahren bestimmen zum grossen Teil die politischen Geschicke einer Gemeinde. Ein weiterer Punkt in diesem Kriterium ist die politische Beteiligung der Bevölkerung. Aus den vorgängigen

Analysen zeigt sich, dass bei einer grösseren Gemeinde eine einfachere Rekrutierung und grössere Kandidatenauswahl bei Behörden und Kommissionen aufgrund der grösseren Bevölkerungszahl und höherer Entschädigung zu erwarten ist. Die finanzielle Entschädigung sollte entsprechend der Gemeindegrösse zunehmen und dadurch zu einer grösseren Zufriedenheit der Behördenmitglieder führen. Auf der anderen Seite könnte die Belastung durch das Exekutivamt durch die steigende Komplexität der Aufgaben und Problemstellungen in einer grösseren Gemeinde zunehmen. Zudem könnte die Identifikation mit der fusionierten Gemeinde abnehmen und die Wahlbeteiligung (zumindest in den ersten Jahren nach der Fusion) zurückgehen. Beide Trends sind häufig zu beobachten. Jedoch identifiziert sich die Bevölkerung bereits heute zumindest teilweise nicht mit der Gemeinde, sondern mit dem Ortsteil (Oberdürnter, Tannerin, Wolfhauser, Fägschwilerin etc.).

Anpassungsfähigkeit/Stellvertretungen: Das Organisationsmodell sollte es der Gemeinde ermöglichen, sich bei Änderungen von Anforderungen im Umfeld entsprechend rasch und wirksam anzupassen. Hierfür ist im Bedarfsfall auch eine gewisse Flexibilität beim Personal und bei den Sachmitteln gefordert. In diesem Zusammenhang sind auch gut funktionierende Stellvertretungsregelungen von Relevanz, beispielsweise bei einem Ausfall einer Arbeitskraft infolge Krankheit oder bei Urlaubsabwesenheiten. Neue Herausforderungen (z.B. Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen) sollten nach einer Gemeindefusion leichter ohne grundlegende Organisationsänderungen in der Verwaltung umgesetzt werden können, da neue Aufgabenfelder in grösseren Organisationen leichter und sinnvoller zuordenbar sind (und nicht irgendeiner Abteilung «angehängt» werden). Durch eine grössere Gemeindeverwaltung können Personalfuktuation und Absenzen besser aufgefangen werden.

Spezialisierung: Spezialisierung entsteht durch Arbeitsteilung, wobei sich einzelne Abteilungen oder Stellen der Institution einer Teilaufgabe widmen. Vorteile einer Spezialisierung können erhöhte Produktivität und eine professionelle Verrichtung der Aufgaben mit höherer Leistungsqualität sein. Eine grössere Verwaltung durch eine Gemeindefusion hätte mehr Möglichkeiten zur Spezialisierung und Qualitätsverbesserung (→ Qualität der Leistungen). Zudem erleichtert eine höhere Fachspezialisierung in den Ämtern die Rekrutierung von qualifiziertem Personal durch höhere Attraktivität für gute StellenbewerberInnen. Eine grössere Verwaltung würde ferner den Mitarbeitenden mehr Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in fachlicher Hinsicht aber auch in Bezug auf Leitungsstellen bieten. Ein Risiko könnte darin bestehen, dass es durch eine höhere Professionalisierung zur Übernahme der höchsten Standards in der Verwaltung kommen kann, mit negativen Effekten für die Verwaltungskosten (aber → Qualität der Leistungen).

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ): Die IKZ ist ein häufig gewählter Weg von Gemeinden, um in bestimmten Aufgabenbereichen durch die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden Grössen- und Spezialisierungsvorteile zu schaffen und damit die Qualität der Leistungen zu erhöhen und/oder deren Kosten zu senken. Durch die Zusammenarbeit wird jedoch auch der Handlungsspielraum und damit die Gemeindeautonomie eingeschränkt. Bei einer Gemeindefusion könnten einige interkommunale Zusammenarbeiten (z.B. manche Zweckverbände) wieder in die Gemeindeverwaltung überführt werden, was die Abstimmungszeit verkürzen und auch die Gemeindeautonomie stärken würde. Viele IKZ würden aber bestehen bleiben, da noch weitere Gemeinden beteiligt sind (z.B. Hinwil oder Wald).

Effizienzpotentiale (Economies of Scale, Economies of Scope): Bei der Umsetzung einer Gemeindefusion wird in der Regel auch das Ziel verfolgt, ein finanzielles Gleichgewicht herzustellen, aufrecht zu erhalten oder zu verbessern. Es stellt sich hierbei die Frage, ob mit der neu gewählten Organisationsform die Finanzlage der beteiligten Gemeinden verbessert werden kann. Wenn Gemeinden in einem Aufgabenbereich zusammenarbeiten oder sich zusammenschliessen, können

Synergieeffekte und Skalenerträge erzielt werden. In grösseren Zusammenarbeitsperimetern fallen diese tendenziell höher aus als in kleineren Perimetern. So würde die Entschädigung pro EinwohnerIn für die Behördenämter sinken, da auch die Anzahl der Behördenmitglieder bei einer Fusion sinken würde. Durch eine bessere Nutzung der Liegenschaften und der Infrastruktur sowie auch in anderen Leistungsbereichen könnten Effizienzpotentiale in der Verwaltung entstehen, wenn nicht gleichzeitig auch «Begehrlichkeiten» geweckt werden. Die Begehrlichkeiten könnten sich in einem höheren Anspruchsdenken der Bevölkerung äussern, wenn diese eine Angleichung an die anderen Teilorte wünschen (z.B. bei den Freizeitangeboten). Bei einer Gemeindefusion müssten wahrscheinlich umfangreiche Änderungen an der Infrastruktur sowie den Prozessen vorgenommen werden, zudem würde ein neues Gemeindehaus benötigt (nicht zwingend ein Neubau) bzw. es müsste ein bestehendes Gebäude erweitert werden. Das grösste Risiko einer Gemeindefusion besteht allerdings in übermässigen Erwartungen an mögliche Kosteneinsparungen. Kosteneinsparungen lassen sich jedoch nur dann realisieren, wenn konsequent auf die Optimierung von Prozessen und Spezialisierungsvorteilen geachtet wird (vgl. Tabelle 23).

Tabelle 23: Chancen und Risiken der Gemeindefusion – Dimension der Ergebnisse

	Chancen einer Gemeindefusion	Risiken einer Gemeindefusion
Effizienzpotentiale	<ul style="list-style-type: none"> • Insgesamt gäbe es weniger Behördenämter; dadurch würde die Entschädigung pro EinwohnerIn für die Behördenämter sinken • Bessere Nutzung der Liegenschaften / Infrastruktur • Es könnten Effizienzpotentiale in der Verwaltung entstehen, wenn nicht gleichzeitig auch «Begehrlichkeiten» geweckt werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Es könnte zu einem höheren Anspruchsdenken der Bevölkerung kommen, die rasch eine Angleichung an die anderen Teilorte wünscht (z.B. bei den Freizeitangeboten) • Es müssten wahrscheinlich umfangreiche Änderungen an der Infrastruktur sowie den Prozessen vorgenommen werden, zudem würde ein neues Gemeindehaus benötigt • Es könnten übermässige Erwartungen an mögliche Kosteneinsparungen entstehen
Qualität der Leistung	<ul style="list-style-type: none"> • Fachpersonen in allen Abteilungen, professionellere und fachkompetente Dienstleistungen 	
Innovationsfähigkeit / Digitalisierung	<ul style="list-style-type: none"> • Innovative Themen könnten schneller aufgegriffen werden (auch stark personenabhängig) • Digitalisierung könnte stärker vorangetrieben werden und die online Bereitstellung von Dienstleistungen ausgebaut werden (Nachfrage der BürgerInnen wird zukünftig steigen) 	
Bürgernähe		<ul style="list-style-type: none"> • Durch eine mögliche Zentralisierung der Verwaltung an einem Standort könnte der direkte Kontakt zur Bevölkerung weniger werden • Längere Wege zur Gemeindeverwaltung sind zu erwarten • Behördengänge könnten komplizierter werden
Zufriedenheit und Wohlbefinden	<ul style="list-style-type: none"> • Es könnten gezielter die «Wohlfühlfaktoren» bedient werden bzw. neue und bessere Leistungen angeboten werden: <ul style="list-style-type: none"> ○ Freizeitangebote ○ Natur- und Umweltschutz ○ Sicherheitsgefühl ○ Wohnen im Alter ○ Familienangebote 	

Qualität der Leistung: Die Qualität von öffentlichen Leistungen hängt von der Art und Weise, dem Niveau und dem Umfang der Leistungserbringung zusammen sowie auch mit der Wahrnehmung und den Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger. Oft wird angenommen, dass die Leistungserbringung in grösseren Perimetern ein höheres Niveau erreicht, da mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen und grössere Verwaltungen eine höhere Professionalität aufweisen. Nach einer Gemeindefusion ist es leichter, Fachpersonen in allen Abteilungen anzustellen, die professionellere und fachkompetente Dienstleistungen erbringen (in Abhängigkeit von der Situation am Arbeitsmarkt).

Bürgernähe: Unter Bürgernähe ist die Orientierung an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger bei der Leistungserbringung zu verstehen. Tendenziell ist die Bürgernähe in kleineren Gebiets-einheiten grösser. Durch eine mögliche Zentralisierung der Verwaltung an einem Standort nach einer Fusion könnte der direkte Kontakt zur Bevölkerung weniger werden. Insgesamt sind längere Wege zur Gemeindeverwaltung zu erwarten und die Behördengänge können durch die Grösse der neuen Gemeindeverwaltung komplizierter werden.

Innovationsfähigkeit: Mit der Innovationsfähigkeit ist die Leistungsfähigkeit einer Institution in Bezug auf das Hervorbringen von Neuerungen gemeint. Dabei ist einerseits das Innovationspotenzial von Relevanz, d.h. Voraussetzungen und Sachmittel, um die Innovationsfähigkeit zu gewährleisten. Andererseits geht es auch um das Innovationsklima, d.h. die Rahmenbedingungen bzw. organisatorischen Voraussetzungen für das Hervorbringen von Innovationen. Besonders im Bereich der digitalen Dienstleistungen sowie der digitalen Partizipationsinstrumente kann durch eine Gemeindefusion vermehrt auf die wachsenden Ansprüche der Bevölkerung an das digitale Leistungsportfolio eingegangen werden.

Zufriedenheit/Wohlbefinden der Bevölkerung: Das subjektive Wohlbefinden der Einwohnerinnen und Einwohner ist eine wichtige Masszahl für die Attraktivität einer Gemeinde und setzt sich zusammen aus Lebenszufriedenheit, Vorhandensein positiver sowie Abwesenheit negativer Erfahrungen und Gefühle. Alle drei Dimensionen spielen für das Leben in der Gemeinde eine grosse Rolle und werden von einer Vielzahl von Faktoren der Gemeindestruktur und des -lebens beeinflusst. Durch eine Gemeindefusion könnten die «Wohlfühlfaktoren» gezielter bedient werden bzw. neue und bessere Leistungen konzipiert und angeboten werden (z.B. in den Bereichen Freizeitangebote, Natur- und Umweltschutz, Sicherheitsgefühl, Wohnen im Alter, Familienangebote).

- Zusätzlich sollte noch bedacht werden, dass es keinen unmittelbaren und dringlichen Grund für eine Gemeindefusion der drei Gemeinden gibt. Sowohl die finanzielle Situation der Gemeinden als auch die Verwaltungsleistungen deuten nicht auf grossen Handlungsdruck hin.

Literatur

- Blesse, S., & Baskaran, T. (2016). Do municipal mergers reduce costs? Evidence from a German federal state. *Regional Science and Urban Economics*, 59, 54–74.
- Blesse, S., & Rösel, F. (2017). Was bringen kommunale Gebietsreformen? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 18(4), 307–324.
- Blom-Hansen, J., Houlberg, K., Serritzlew, S., & Treisman, D. (2016). Jurisdiction size and local government policy expenditure: Assessing the effect of municipal amalgamation. *American Political Science Review*, 110(4), 812–831.
- Crémer, J., Estache, A., & Seabright, P. (1996). Decentralizing Public Services: What can we learn from the Theory of the Firm?/Décentralisation des services publics: Que nous enseigne la théorie de la firme? *Revue d'économie politique*, 37–60.
- Derungs, C., & Fetz, U. (2020). Gemeindefusionen in der Schweiz: Evaluation der wirtschaftlichen, demokratischen und gesellschaftlichen Effekte. *Jahrbuch der Schweizerischen Verwaltungswissenschaften*, 11(1).
- Dlabac, O., Rohner, A., Zenger, T., & Kübler, D. (2014). Die Milizorganisation der Gemeindeexekutiven im Kanton Aargau: Rekrutierungsprobleme und Reformvorschläge. *Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau*, 4.
- Feld, L. P., & Fritz, B. (2015). *The political economy of municipal amalgamation: Evidence of common pool effects and local public debt*. Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik.
- Fetz, U. (2009). *Gemeindefusion: Unter besonderer Berücksichtigung des Kantons Graubünden*. University of Zurich.
- Fetz, U., & Derungs, C. (2014). Fusions-Check. *Instrument zur Erfolgsmessung von Gemeindefusionen. Studie im Auftrag der Kantone Aargau, Bern, Glarus, Graubünden und Zürich*. Chur: HTW Chur. Abgerufen von <https://www.fhgr.ch/fhgr/unternehmerisches-handeln/zentrum-fuer-verwaltungsmanagement-zvm/projekte/fusions-check>.
- Folz, D.H. (2004): Service Quality and Benchmarking the Performance of of Municipal Services. In: *Public Administration Review* 64 (2), S. 209-220.
- Freitag, M. (2019). *Milizsystem: Daten, Fakten, Handlungsfelder*. In: Perina-Werz, Alexandra; Germet, Hilmar (Hg.) *Milizpolitik - Politik in der Nähe*. Perspektiven nach dem Jahr der Milizarbeit 2019. Schauplatz 11 - Raiffeisen Forum Zeitschrift: Vol. 2 (S. 19-56). Thun: Werd & Weber.
- Gabler Wirtschaftslexikon (2018): <https://wirtschaftslexikon.gabler.de>, abgerufen am 23.04.2021.
- Gendźwiłł, A., Kurniewicz, A., & Swianiewicz, P. (2020). The impact of municipal territorial reforms on the economic performance of local governments. A systematic review of quasi-experimental studies. *Space and Polity*, 1–20.
- Geser, H., Meuli, U., Ladner, A., Steiner, R., & Horber Papazian, K. (2011). *Die Exekutivmitglieder in den Schweizer Gemeinden*. Rüegger Verlag.
- Ketterer, H., Güntert, S. T., Oostlander, J., & Wehner, T. (2015). Das „Schweizer Milizsystem“: Engagement von Bürgern in Schule, Kirche und politischer Gemeinde. In *Psychologie der Freiwilligenarbeit* (S. 221–246). Springer.

- Koch, P., & Rochat, P. E. (2017). The effects of local government consolidation on turnout: Evidence from a quasi-experiment in Switzerland. *Swiss Political Science Review*, 23(3), 215–230.
- Kussau, J., Güntert, S., Roeck-Padrutt, A., Oertel, L., & Wehner, T. (2007). Milizsystem zwischen Freiwilligentätigkeit und Erwerbsarbeit. Teil 1: Quantitative und qualitative Zusammenfassung einer Schulpflege-Untersuchung. *Zürcher Beiträge zur Psychologie der Arbeit*, 1.
- Ladner, A. (2008). *Die Schweizer Gemeinden im Wandel: Politische Institutionen und lokale Politik*.
- Lamprecht, M., Fischer, A., & Stamm, H. (2020). *Freiwilligen-Monitor Schweiz 2020*. Seismo.
- Lüchinger, S., & Stutzer, A. (2002). Skalenerträge in der öffentlichen Kernverwaltung. Eine empirische Analyse anhand von Gemeindefusionen. *Swiss Political Science Review*, 8(1), 27–50.
- Meuli, U., & Geser, H. (2011). *Personalnot in der Gemeindepolitik*.
- Moisio, A., & Uusitalo, R. (2013). The impact of municipal mergers on local public expenditures in Finland. *Public Finance and Management*, 13(3), 148–166.
- Regierungsrat des Kantons Zürich. (2021). *Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2021*. Gemeindeamt des Kantons Zürich.
- Rösel, F. (2016). Sparen Gebietsreformen Geld?—Ein Überblick über aktuelle Studien. *ifo Dresden berichtet*, 23(4), 45–49.
- Rösel, F. (2017). Do mergers of large local governments reduce expenditures?—Evidence from Germany using the synthetic control method. *European Journal of Political Economy*, 50, 22–36.
- Seabright, P. (1996). Accountability and decentralisation in government: An incomplete contracts model. *European economic review*, 40(1), 61–89.
- Statistisches Amt des Kantons Zürich. (2017). *Zu- und Wegzugsbefragung 2016 -Dürnten*. Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Statistisches Amt des Kantons Zürich. (2020). *Zu- und Wegzugsbefragung 2019—Gesamtbericht*. Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Steiner, R., & Kaiser, C. (2017). Effects of amalgamations: Evidence from Swiss municipalities. *Public Management Review*, 19(2), 232–252.
- Steiner, R., & Kaiser, C. & Lang, A. (2018). Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vorarlberger Gemeinden. Dornbirn: Vorarlberger Gemeindeverband.
- Steiner, R., Ladner, A., Kaiser, C., Haus, A., Amsellem, A., & Keuffer, N. (2021). *Zustand und Entwicklung der Schweizer Gemeinden: Ergebnisse des nationalen Gemeindemonitorings 2017*.
- Studerus, J. (2016). Fiscal effects of voluntary municipal mergers in Switzerland. *St. Gallen: University of St. Gallen*.
- Tavares, A. F. (2018). Municipal amalgamations and their effects. *Miscellanea Geographica*, 22(1), 5–15.
- Thom, N. & Wenger, A.P. (2010): *Die optimale Organisationsform*. Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler.

Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

School of Management and Law

St.-George Platz 2 Postfach
8401 Winterthur
Schweiz

www.zhaw.ch/sml



swissuniversities